

Iris Wurm

Im Zweifel für die Monarchie

Autokratische Modernisierung
in Saudi-Arabien

HSFK-Report 13/2007



**Hessische
Stiftung
Friedens- und
Konfliktforschung**

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse der Autorin:
HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81
E-Mail: wurm@hsfk.de · Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-937829-61-6

Euro 6,-

Zusammenfassung

Im Frühjahr 2005 fanden die ersten Wahlen in Saudi-Arabien statt. Erstmals durften männliche Bürger die Hälfte der Mitglieder der Gemeinderäte wählen. Und dies war nur eine von zahlreichen Reformen im autokratischen Königreich. Doch wie passen Autokratie und Reformen zusammen? Der hier vorgelegte Report geht diesem Rätsel nach und beschäftigt sich erstens mit der Frage, welche Auslöser die saudischen Machthaber zu diesen Reformen nötigten, zweitens analysiert er, ob die Reformen das Regime stabilisiert oder destabilisiert haben, und drittens klärt er, ob und, wenn, inwiefern die Reformen zu einer Liberalisierung der autokratischen Strukturen geführt haben.

Das Königreich Saudi-Arabien ist eine absolute Monarchie. Die Staatsreligion ist der Wahhabismus, eine puritanische Richtung des sunnitischen Islams, der nur die frühe Sunna und der Koran selbst als Grundlage dienen. Saudi-Arabien gilt als besonders strenggläubig; mit der Kaaba in Mekka und der Ruhestätte des Propheten Mohammed in Medina befinden sich die beiden wichtigsten Heiligtümer des Islams auf saudi-arabischem Boden. Großen Einfluss auf das Volk haben die Religionsgelehrten. Das Praktizieren anderer Religionen ist in Saudi-Arabien genauso verboten wie politische Parteien oder Gewerkschaften.

Beherrscht wird das Land seit seiner Gründung 1932 von der Königsfamilie Al-Saud. Die Regierung besteht aus dem Ministerrat unter Vorsitz des Königs. Schlüsselressorts wie Inneres, Verteidigung und Äußeres sind von Mitgliedern der Familie besetzt. Alle Gesetze des Landes müssen mit dem islamischen Recht der Scharia in Einklang stehen. Deren Regeln werden strikt ausgelegt. So können etwa Mörder, Homosexuelle, Ehebrecher und Gotteslästerer zum Tode verurteilt werden. Allein 2005 wurden 88 Todesurteile vollstreckt.

Die Monarchie ist zudem der größte Rohölexporteur und verfügt mit 264,2 Milliarden Barrel Rohöl über ein Viertel der weltweiten Ölreserven. Das Wüstenkönigreich ist ein Rentier- und Allokationsstaat, ein Staat also, der mit den Ölexporterlösen über erhebliche externe Renteneinnahmen verfügt und diese nach Gusto oder politischer Opportunität verteilen kann. Saudi-Arabien kann es sich leisten, auf die Besteuerung der Bürger zu verzichten und bietet deshalb auch keinen Angriffshebel für das demokratische Prinzip des „No Taxation Without Representation“.

Vier Herausforderungen lassen sich als Ursachen für den Reformprozess spezifizieren. Erstens die Anschläge des 11. September 2001, denn dieses Ereignis machte die Verbindungen einzelner saudischer Bürger zu Al-Qaida offensichtlich. 15 der 19 Flugzeugentführer hatten einen saudi-arabischen Pass. Osama bin Laden hatte bis 1994 die saudische Staatsangehörigkeit. Ein Report des US-amerikanischen Auswärtigen Ausschusses vom Oktober 2002 kam zu dem Schluss, dass Saudi-Arabien die wichtigste Quelle für die Finanzierung von Al-Qaida-Aktionen war. Das Bündnis zu den USA war in nie da gewesenerem Ausmaß erschüttert. Der engste Verbündete des Königreichs übte offen Kritik an dem autokratischen Regime.

Zweitens wuchs der innenpolitische Druck auf die Königsfamilie. Einerseits machten Terroranschläge Saudi-Arabien zu schaffen. Im Mai 2003 wurde das Königreich erstmals und später regelmäßig zur Zielscheibe von Aktionen der Al-Qaida. Insgesamt fanden im Zeitraum 2003 bis 2005 221 Menschen durch Terrorakte den Tod. Andererseits forderte die Bevölkerung durch zahlreiche Petitionen stärkere Partizipationsrechte. Im Januar 2003 wurde eine Petition an den König gestellt, die offen Wahlen zum Konsultativrat und mehr Bürgerrechte forderte. Fünf weitere Petitionen sollten folgen. Die letzte forderte sogar offen den Wandel von einer absoluten zu einer konstitutionellen Monarchie.

Darüber hinaus erlangten schon lange bekannte Probleme immer mehr Brisanz. Das anhaltende Bevölkerungswachstum und die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit stellen große Herausforderungen für die saudische Wirtschaft dar. Der saudisch-arabische Arbeitsmarkt müsste jährlich ca. 130.000 junge Männer aufnehmen, tatsächlich finden jedoch nur 30.000 bis 40.000 Schulabsolventen eine Arbeitsstelle. Und um den gegenwärtigen Lebens- und Versorgungsstand der zunehmenden Bevölkerung zu sichern, ist in den kommenden 20 Jahren ein Investitionsvolumen von rd. 270 Milliarden US-Dollar erforderlich.

Ebenso wurde die alternde Führungsriege als Gefahr für die Stabilität des Landes evident. Sowohl König Abdullah als auch dessen Kronprinz Sultan sind über 80 Jahre alt und in der Herrscherfamilie wird heftig diskutiert, wann man den Generationswechsel im Königshaus vollziehen möchte. Denn sollte sich die Familie nicht zu einem dynastischen Generationswechsel entschließen, wird sie schlechtestenfalls alle zwei bis drei Jahre einen neuen König aus ihren Reihen auswählen müssen, mit allen Konsequenzen, die dies für die politische Kontinuität des Landes haben könnte. Die saudischen Machthaber wurden also sowohl mit interner als auch mit externer Kritik konfrontiert. Dieses Zusammenspiel ließ sie befürchten, ihre Macht könne in noch nie da gewesenem Ausmaß gefährdet sein. Es bestand Handlungsbedarf.

König Abdullah initiierte einen Reformprozess. Im Zuge der Reformen begründete er das „Forum zum Nationalen Dialog“, ein Diskussionsgremium für verschiedene Reformvorschläge. Insgesamt fanden seither sechs Treffen des „Nationalen Dialogs“ statt. Die diskutierten Themen waren Extremismus, Rechte und Pflichten der Frau, Bildung, Jugend und Wahrnehmung von Fremden. Auf dem Höhepunkt des „Nationalen Dialogs“ Ende 2003 kündigte der König Wahlen zum Regionalparlament an. Die Wahl der Hälfte aller Mitglieder der insgesamt 178 Gemeinderäte begann am 10. Februar 2005 in Riad und wurde dann in zwei weiteren Stufen fortgesetzt. Eindeutiger Gewinner der Wahlen waren die Islamisten. Innerfamiliär hat der Monarch mit der Einführung eines neuen Gremiums zur Bestimmung des nächsten Kronprinzen auch den Generationswechsel an der Spitze der Al-Sauds in Angriff genommen.

Außenpolitisch gelang es dem Herrscherhaus, die Beziehungen zum Bündnispartner USA wieder zu verbessern. Stillschweigend wurde sowohl beim Afghanistan- als auch beim Irakkrieg die Nutzung des Prinz-Sultan-Stützpunkts als Befehlszentrum erlaubt. Auch den US-Truppenabzug 2003, bei dem das Herrscherhaus zwar einen Stabilitätsfaktor verlor, aber innenpolitisch einen der größten Kritikpunkte aus der Welt schaffte, nutzte das Königshaus zu seinen Gunsten. Die endgültige Rückkehr auf das diplomatische

Parkett gelang durch die neue US-Agenda für den Mittleren und Nahen Osten, weg von Demokratisierung hin zur Eindämmung iranischer Macht. Riad wird erneut als Partner eingebunden und aufgerüstet. Das Verhandlungsgeschick des Königs wird in Washington geschätzt. Saudi-Arabien verhandelt an allen Fronten: Irak, Iran, Libanon und Palästina.

Auch den ökonomischen Problemen haben sich die Herrschenden gestellt. Arbeitslosigkeit und Armut werden thematisiert, und durch Programme wie die „Saudisierung“ des Arbeitsmarkts soll ihnen begegnet werden. Eine Reform des Bildungssystems soll saudischen Bürgern eine arbeitsmarkt-kompatiblere Ausbildung ermöglichen. Darüber hinaus ist mit der Aufnahme in die WTO 2005 ein erster Schritt zur Schaffung verbesserter Bedingungen für ausländische Direktinvestitionen gelungen.

Ziel der Reformen war es, nur soviel an Veränderung zuzulassen, um sowohl die außen- als auch die innenpolitischen Forderungen minimal zu erfüllen. Mit den Teilwahlen des Regionalparlaments ist es gelungen, sowohl den Petitionsstellern als auch Washington den Wunsch nach politischer Partizipation der Bürger auf kleinstmöglichem Niveau zu erfüllen. Das Königshaus hat Saudi-Arabien nicht demokratisch reformiert, sondern autokratisch modernisiert. Die saudischen Reformen sind von den Machthabern zur Sicherung der Regimestabilität instrumentalisiert worden. Sie haben den saudischen Staat weder geschwächt noch destabilisiert, ganz im Gegenteil. Vor den Reformen war, wie die Brisanz der Reformauslöser verdeutlichte, das Regime sehr viel schwächer als nach den Reformen.

Ungeachtet des strategischen Kalküls des Königshauses bedeuten diese Reformen für das Volk einen gewaltigen Schritt. Für die saudische Gesellschaft, der seit 1932 nahezu gar keine Rechte zugesprochen wurden, sind selbst diese kleinen Reformen eine enorme Entwicklung. Die Reformen haben demnach aus Sicht des Volkes zu einer Liberalisierung geführt.

Die Politik Saudi-Arabiens seit 2001 führt zu der Erkenntnis, dass das autokratische Wüstenkönigreich zu kleinen Schritten des Wandels fähig ist. Die Reaktionen haben verdeutlicht, dass sich das Land, wenn der externe und interne Reformdruck destabilisierend ist, als die Reformen selbst, langsam zu Veränderungen bewegen lässt.

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Saudi-Arabien: Opakes Land der Widersprüche	3
2.1	Islam und Politik	3
2.2	Die Al-Sauds	4
2.3	Konsultativrat	5
2.4	Opposition	7
2.5	Öl und Rentierstruktur	9
2.6	Bündnis mit den USA	10
3.	Auslöser des Reformprozesses	12
3.1	Externer Druck: Die USA und der 11. September 2001	12
3.2	Interne Bedrohung: Terror und Petitionen	15
3.3	Der Generationswechsel in der Königsfamilie	17
3.4	Armut, Arbeitslosigkeit und Bildungsdefizite	18
4.	Wandel und Reformen	20
4.1	Die Rückkehr auf das diplomatische Parkett	20
4.2	Mehr Partizipation wagen	23
4.3	Ökonomische Probleme erkannt, Gefahr gebannt?	28
4.4	Weniger Tabus in einer tabuisierten Gesellschaft	30
5.	Fazit	33
6.	Literatur	35

1. Einleitung

Das Wüstenkönigreich Saudi-Arabien, das größte Land der arabischen Halbinsel, ist reich an Erdöl und arm an Wasser. Das Königreich ist eine der letzten „absoluten Monarchien“ und die einzige Nation, die den Namen der herrschenden Königsfamilie im Namen trägt. Benannt ist es nach dem Gründer des modernen Saudi-Arabiens, Abdul al Aziz bin Saud (Ibn Saud), einem fähigen Beduinenführer, der dank einer Allianz mit dem konservativen sunnitischen Religionsgelehrten Mohammad bin Adb al-Wahhad¹ die Beduinenstämme der arabischen Halbinsel 1932 unter seiner Führung einen konnte.

Trotz zahlreicher Differenzen in Bezug auf Werte und Weltbild sind die USA seit 60 Jahren der engste Verbündete Saudi-Arabiens. Spätestens nach dem 11. September 2001 hat das Verhältnis der beiden Staaten jedoch Risse bekommen. 15 der 19 Flugzeugentführer hatten einen saudi-arabischen Pass. Saudi-Arabien galt als die „Brutstätte des Terrors“. Doch der Terror machte auch vor Saudi-Arabien nicht Halt, im Mai 2003 wurde das Königreich erstmals und später regelmäßig zur Zielscheibe von Terroranschlägen. Zeitgleich forderte die Bevölkerung durch zahlreiche Petitionen stärkere Partizipationsrechte. Anstatt mit Unterdrückung zu reagieren, entschied sich das autokratische Herrscherhaus zu Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Reformen führten zu einer partiellen Liberalisierung, die 2005 in den ersten Wahlen auf lokaler Ebene, dem Beitritt zur Welthandelsorganisation und dem Besuch der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch gipfelte.

Reformen werden sehr breit als „Veränderungen, die auf eingetretene Veränderungen antworten“ (Krockow 1976: 11) definiert. Grundsätzlich ist man sich in der wissenschaftlichen Reflexion über Reformen in arabischen Autokratien einig, dass autokratische Herrscher keine Macht abtreten wollen. Das Ziel von autokratischen Herrschern ist es daher, durch Reformen der Öffentlichkeit Wandel zu demonstrieren, ohne indes auch nur ein einziges der Privilegien der Machthaber abzutreten (Gvosdev 2004). Autokraten sind also nur bereit, solche Reformen durchzuführen, die auf Machterhalt abzielen (Asseburg 2005: 280). Bei den Zielen enden aber auch schon die Gemeinsamkeiten, denn ob eine Autokratie Reformen initiieren soll, wird auf Grund der unberechenbaren Folgen sehr unterschiedlich bewertet. Die Wissenschaft spaltet sich bei der Frage, ob Reformen ein autokratisches Regime stabilisieren oder ob sie es nicht vielmehr destabilisieren.

Die einen raten autokratischen Herrschern von Reformen ab, da sie in der Folge „weaken, or even de-stabilize countries“ (Kapiszewski 2006: 478). Reformen werden sogar als

1 Seine Auslegung des islamischen Glaubens (Wahhabismus) basierte auf der Überzeugung, dass nur die frühe Sunna, also die von dem Propheten vorgenommenen Handlungen und Aussagen, sowie der Koran selbst als Grundlage des Glaubens dienen. Alle späteren Entwicklungen lehnte er kategorisch ab (Claus 1998: 46).

potentieller Suizid einer Autokratie interpretiert. „Full autocracies are trapped by an either-me-or-you logic, that makes reform seem like suicide“ (Brumberg 2005: 17).

Samuel Huntington hingegen sieht Reformen ebenso wie Unterdrückung als notwendig an, um von mangelnder politischer Partizipation des Bürgers abzulenken. „Both reform and repression are aspects of the centralisation of power and the failure to expand political participation“ (Huntington 1968: 191). Mehr noch, um die für eine Autokratie notwendige langfristige Stabilität zu erhalten, nutzen die arabischen Regierungen politische Reformen, „um Regimestabilität zu sichern“ (Asseburg 2005: 280). Das Regime zu stabilisieren ist für eine Autokratie überlebensnotwendig, denn „nur ein System, das nicht über ausreichende Stabilität verfügt, kommt unter Transformationsdruck“ (Sandschneider 1995: 111). Doch nicht nur die autokratischen Herrscher fürchten die Transformation. Wie eine Studie der von der US-Regierung finanzierten „State Failure Task Force“ (2000) ergab, sind Staaten, die sich im Transformationsprozess zwischen Autokratie und Demokratie befinden, siebenmal mehr gefährdet, zu „failed states“ zu werden, als stabile Autokratien. Auch für den Frieden der Welt ist der Transformationsprozess sehr gefährlich, wie Edward Mansfield and Jack Snyder aufzeigten: „Democratizing states were more likely to fight wars than were states that had undergone no change in regime“ (Mansfield/Snyder 1995: 81). Auf der Basis dieser Untersuchungsergebnisse lautet ihre These: „Promoting democracy may not promote peace“ (Mansfield/Snyder 1995: 94, Mansfield/Snyder 2005).

Gerade mit Blick auf die Autokratie Saudi-Arabien stützen Experten die These, „that democratization may not immediately produce more peaceful and stable regimes“ (Kapiszewski 2006: 478). Selbst Thomas Carothers kommt zu dem Schluss: „In some countries staying with an existing autocratic regime is a better alternative“ (Carothers 2007: 13). Denn in Staaten, in denen die Regel „go fully democratic, or don't go at all“ (Mansfield/Snyder 1995: 95) nicht umsetzbar ist, gerät durch eine Demokratisierung sowohl der Frieden als auch die Stabilität in Gefahr. Die Destabilisierungsgefahr liefert möglicherweise eine wissenschaftliche Begründung, warum bislang in keinem der arabischen Länder von einer weitreichenden Demokratisierung oder Konsolidierung demokratischer Systeme die Rede sein kann (Asseburg 2005: 290). Es bleibt aber die Frage, ob in Saudi-Arabien durch die Reformen, wie es die erste Phase des Demokratisierungsmodells² von O'Donnell und Schmitter (1986) vermuten ließe, eine Liberalisierung (Öffnung des nicht-demokratischen Regimes und Ausweitung von Rechten) vollzogen wurde.

Für Saudi-Arabien ergeben sich somit drei Fragen: Erstens, welche Auslöser nötigten das Königshaus zu politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Reformen? Zweitens, ist es den Al-Sauds durch Reformen gelungen, den eigenen Machterhalt und die Stabilität des Regimes zu sichern oder weisen die Reformen eher in Richtung einer Destabilisierung?

2 Dieses prototypische Modell sieht als Beginn einer Transition Spaltungen in der Führung des autoritären Regimes in Hardliner und Softliner vor; letztere initiieren sodann den Prozess der Liberalisierung. Die neuen Rechte werden von einer sich organisierenden Gesellschaft genutzt („resurrection of civil society“), die dann auf weitere Liberalisierung, aber auch auf Demokratisierung drängt (Waldrach 1996: 11).

bilisierung und Schwächung des Königreichs? Drittens soll geklärt werden, ob und, wenn, inwiefern die Reformen zu einer Liberalisierung der autokratischen Strukturen geführt haben. Zunächst wird aber mit einem kurzen Überblick in die politischen und ökonomischen Strukturen des Königreichs eingeführt.

2. Saudi-Arabien: Opakes Land der Widersprüche

In Saudi-Arabien leben 23 Millionen Menschen, und nach den Indizes zur Messung von Demokratie leben sie in einem autokratischen Land nahezu ohne politische Freiheiten. Freedom House bewertet die politische Situation in Saudi-Arabien als „not free“ (Freedom House 2007).³ Der Polity IV Country Report zur Messung von Regime- und Autoritätsmerkmalen bewertet Saudi-Arabien durchgängig mit minus zehn, der schlechtesten Bewertung (Marshall/Jagers 2005). Und auch der Bertelsmann-Transformation-Index (BTI) weist für Saudi-Arabien keine guten Ratings in Bezug auf den Status-Index (Demokratie) und den Management-Index (Marktwirtschaft) aus. Von den 119 untersuchten Ländern nimmt Saudi-Arabien mit Rang 93 (Staus) und 90 (Management) einen Platz im letzten Drittel ein (Bertelsmann Transformation Index 2006).⁴ Auch wenn die Indizes die richtigen Tendenzen aufzeigen, das saudische System ist um einiges vielschichtiger, als es die Indizes widerspiegeln.

2.1 Islam und Politik

Die formelle Gründung des Königreichs Saudi-Arabien fand am 23. September 1932 statt. Das politische System des Königreichs ist an das vor 1.300 Jahren vom Propheten Mohammed begründete islamische Herrschaftssystem angelehnt. Der Koran galt seit Staatsgründung als inoffizielle Verfassung des Königreichs (Sirhal 1990: 312). 1992 machte König Fahd den Koran und die Sunna des Propheten offiziell zur Verfassung des Landes.

Über die Einhaltung der islamischen Gesetze wachen stellvertretend für alle Geistlichen (ulama) der Obermufti und der Ältestenrat der islamischen Gelehrten (hai'at kibar al-ulama) (Koszinowski 2002: 3) ebenso wie eine eigens eingerichtete Polizeibehörde. Bei dieser „Religionspolizei“ handelt es sich um Einheiten, die neben der regulären Polizei agieren und überwachen, inwieweit die Saudis die strengen Verhaltensvorschriften der wahhabitischen Gelehrten im öffentlichen Leben einhalten (Koszinowski 2001). Somit ist Saudi-Arabien neben dem Oman das einzige Land, in dem der Koran die Verfassung ersetzt und somit der Islam alle Bereiche des Lebens, auch des politischen, dominiert. Ein Parlament, Gewerkschaften, Meinungsfreiheit, eine freie Presse und Parteien werden als

3 2007 gibt Freedom House Saudi-Arabien die Werte 7 (political rights) und 6 (civil liberties) (bester Wert ist 1 auf einer Skala bis 7).

4 Berücksichtigt wurden bei den Kriterien für die politische Transformation u.a. die Staatlichkeit, politische Partizipation, Rechtssicherheit und institutionelle Stabilität.

unislamisch abgelehnt. Mit dem Parteienverbot ist zugleich jede legitime Opposition ausgeschlossen. Vielmehr schuldet jeder Bürger dem Herrscher absolute Loyalität und Gehorsam.

Zurückzuführen ist diese starke Rolle der Religion in der Politik auf eine vor 250 Jahren geschlossene Allianz zwischen den Nachkommen des Imams Muhammad ibn Abdul Wahhab und der Familie Saud. So verwundert es nicht, dass die politische und gesellschaftliche Struktur Saudi-Arabiens durch die starke Interdependenz zwischen Königsfamilie und Klerus geprägt ist.

Organisiert ist der Klerus im obersten religiösen Gremium des Landes, im Ältestenrat der islamischen Gelehrten. Er wurde nach dem Tode des damaligen Großmuftis Muhammad b. Ibrahim Al ash-Shaikh (gest. 1969) im Jahre 1971 gegründet und übernahm die Kontrolle aller im weitesten Sinne religiösen Angelegenheiten im Land. Seine 17 Mitglieder veröffentlichen – einzeln und kollektiv – Rechtsgutachten. In prekären Situationen veröffentlicht der Rat Gutachten, die wichtige Entscheidungen der Regierung legitimieren. Bedeutende religionspolitische Ämter besetzen im Königreich ausschließlich Wahhabiten (Steinberg 2003: 15).

Die wahhabitischen Gelehrten sind die politisch-ideologische Stütze des Regimes, denn es kann sich und seine eigenwillige Staatsform nur über den Islam abgrenzen und definieren (Hertog 2002: 1224). Sie sind zwar nicht in der Lage, politische Entscheidungen direkt zu beeinflussen, haben aber doch eine bedeutende politische Funktion. Bis heute sind die wahhabitischen Gelehrten wichtige Akteure der saudi-arabischen Innenpolitik. Sie sind Berater des Königs und des Herrscherhauses, zu dem sie privilegierten Zugang besitzen; sie kontrollieren große Teile des Erziehungssystems und besitzen Einfluss auf die Curricula der nicht von ihnen kontrollierten Teile; die Inhalte von Fernsehen und Rundfunk unterliegen ebenfalls ihrer Aufsicht und sie stellen die Richter an allen ordentlichen Gerichten (Steinberg 2002: 16). Die Herrscherfamilie ist bis heute nicht gegen die starke Stellung der Gelehrten vorgegangen, da sie großen Einfluss auf die Bevölkerung haben. Die Unterstützung der Gelehrten bleibt für die Familie Saud eine wichtige Quelle ihrer Legitimität. Denn „je größer die soziale und räumliche Kluft zwischen Herrscherfamilie und Volk wurde, desto mehr nahmen die Gelehrten eine Mittlerposition zwischen beiden ein“ (Steinberg 2002: 632). Als Zeichen der religiösen Legitimation lässt sich der König offiziell als „Hüter der heiligen Stätten“ (Mekka und Medina) bezeichnen.

2.2 Die Al-Sauds

Neben den islamischen Gelehrten bestimmt der König die Geschicke des Landes. Der Monarch vereint in seiner Person Legislative und Exekutive. Auf der zweiten Stufe der Machtpyramide ist die Familie des Herrschers angesiedelt. Die Familie des Staatsgründers Ibn Saud ist auch nach 75 Jahren die mächtigste und größte Familie des Landes und sie wächst beständig. Es ist unklar, aus wie vielen Mitgliedern die Herrscherfamilie heute besteht. Verschiedene Schätzungen sprechen von bis zu mehreren zehntausend Prinzen, wobei am wahrscheinlichsten eine Zahl von 5.000 bis 8.000 ist (Steinberg 2003: 9). Doch nicht alle Mitglieder der Familie verfügen über denselben Einfluss auf die Politik des Lan-

des. Eine nicht institutionalisierte kleine Gruppierung von Prinzen, deren Zahl bei etwa einem Dutzend liegen mag, trifft die wichtigen Entscheidungen. Hierbei handelt es sich um den König, seinen Kronprinzen und diejenigen Prinzen, die auch die Schlüsselressorts in der Regierung kontrollieren (Steinberg 2003: 9). Neben dem König Abdullah bin Abdul Aziz (*1923)⁵ sind der Kronprinz und Verteidigungsminister Sultan bin Abdul Aziz (*1924), der Innenminister Nayef bin Abdul Aziz (*1933) und der Außenminister Saud bin Faisal (*1942) die führenden Köpfe der Königsfamilie. Auch die beiden ehemaligen saudischen Botschafter in Washington, Bandar bin Faisal (*1949) und Turki bin Faisal (*1945), gehören zum inneren Zirkel der Macht. Ein Zusammentreffen der Mächtigen der Al-Saud-Familie gab es zuletzt, als Abdullah am 4. Juni 2000 erstmals offiziell den königlich-saudischen Familienrat (Majlis al-A'ila as-Sa'udiya al-Malika) einberief. Abdullah führte den Vorsitz, sein Halbbruder Sultan wurde zum Stellvertreter ernannt. Dem Rat gehörten 19 Mitglieder an, wobei u.a. der als einflussreich geltende Innenminister Nayef fehlte. Offizielle Stellen betonten, dass es sich um eine Einrichtung handle, die lediglich die rein internen Angelegenheiten der Familie bespreche. Politische Fragen würden hier nicht behandelt. Aber in jedem Fall zeigte sich hier ein deutlicher Trend hin zur Formalisierung der Entscheidungsprozesse innerhalb der Familie (Steinberg 2003: 9).

Die Königsfamilie dominiert auch den von Ibn Saud 1953 gegründeten Ministerrat. Er tagt jeden Montag und umfasst den König, den Kronprinzen, den Vizekronprinzen (stellv. Ministerratspräsident) und alle Minister. Die Mitglieder werden vom König ernannt und gegebenenfalls abgesetzt. Dabei sind alle Schlüsselministerien (Inneres, Äußeres und Verteidigung) mit Prinzen aus dem Königshaus besetzt, jedoch werden einzelne Ressorts zunehmend nicht nur von Mitgliedern der Dynastie, sondern auch von hoch qualifizierten Fachleuten besetzt (Abou-Taam/Khalatbari 2006: 122).

2.3 Konsultativrat

Eine weitere beratende Versammlung ist der im Dezember 1993 von König Fahd eingeführte Konsultativrat. Die Gründung des Konsultativrats war die Antwort des Königs auf den wachsenden Unmut zu Beginn der Neunzigerjahre auf Grund der Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien. Das Königshaus sah sich durch Kritik aus der Öffentlichkeit⁶ genötigt, dem Wunsch nach einer beratenden Versammlung nachzukommen. Die Versammlung, der 60 Mitglieder⁷ angehörten, wurde mit einer Sitzung am 29.12.1993

5 Abdullah ist seit August 2005 König Saudi-Arabiens. Er hat aber schon 1995, nach einem Schlaganfall von König Fahd, die Regierungsgeschäfte übernommen.

6 Das angestaute Missfallen äußerte sich auf verschiedene Weise. In Riad setzten sich im November 1990 über 40 Frauen ans Steuer und demonstrierten damit gegen das Fahrverbot. In einem offenen Brief von Geschäftsleuten, Intellektuellen und Journalisten an den König, der im April 1991 in einer ägyptischen Zeitung erschien, wurden die Einberufung einer Beratenden Versammlung sowie politische Liberalisierung und Meinungsfreiheit gefordert (Koszinowaski 2002: 7). 1991 schrieben Reformer eine zwölf Punkte umfassende Petition an den König, gefolgt von einem 44-seitigen Reformprogramm im Jahr 1992.

7 Seit dem 5. Juli 1997 wirken im Konsultativrat insgesamt 90 Mitglieder (seit 2005 150 Mitglieder), die alle im Vier-Jahres-Turnus vom König neu ernannt werden (Abou-Taam/Khalatbari 2006: 123).

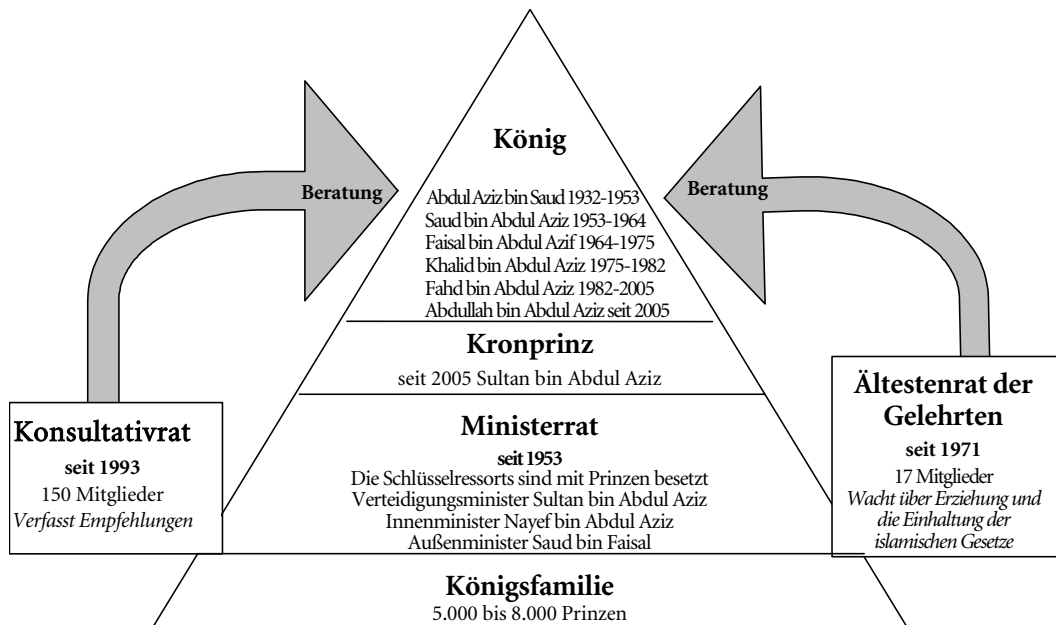
konstituiert. Damit hatte der König eine wesentliche Forderung erfüllt. Allerdings wurde in der Öffentlichkeit bemängelt, dass die Mitglieder nicht gewählt, sondern vom König ernannt werden und die Versammlung keine legislative Funktion ausübt. Darüber hinaus waren einige Stämme darin unterrepräsentiert – ein heikler Sachverhalt im tribal organisierten Saudi-Arabien,⁸ wo Stammesloyalitäten und Solidarität innerhalb der patriarchalischen Familienverbände feste Bestandteile der Gesellschaft sind. Im Laufe der Zeit wurde der Rekrutierungsraum des Konsultativrats auf das gesamte Königreich ausgeweitet. Über die Treffen des Konsultativrats wird in den Printmedien und im Fernsehen weitreichend berichtet. Sie finden meist einmal im Jahr über mehrere Wochen in einem prunkvollen Saal im Palastdistrikt von Riad statt und werden vom König mit einem zeremoniellen Akt eröffnet (Seznec 2002: 38).

Die praktische Arbeit des Konsultativrats bezieht sich auf die Verabschiedung von Resolutionen und Empfehlungen für die Arbeit der Regierung (Ehteshami 2003: 69). Obwohl die Mitglieder vom König ernannt werden, nehmen sie ihren Auftrag der Beratung, Prüfung und Kritik sehr ernst. Der Sprecher des Rats hat daher sowohl im Rat als auch außerhalb beträchtliche Autorität (Ehteshami 2003: 69).

Die Entstehung des Konsultativrats ist nicht als westlicher Demokratieimport zu betrachten. Das islamische Prinzip der Shura wird im Koran erwähnt. Es meint Beratung und Konsultation der Muslime untereinander. Daraus entwickelte sich die Idee von Konsultativräten, die in vielen islamischen Gesellschaften eine auf gewisse Weise parlamentsanaloge Funktion übernehmen. Allerdings kann man hier keineswegs von demokratischen Grundstrukturen sprechen, denn Shura ist lediglich eine beratende, nicht aber eine gesetzgebende Institution (Abou-Taam/Khalatbari 2006: 123).

8 Die Stämme Saudi-Arabiens lassen sich grob in drei große Gruppierungen unterteilen. Erstens die Stämme des Najd, von denen die Herrscherfamilie abstammt, die noch am meisten der Beduinentradition verhaftet sind und als konservativ einzustufen sind. Zweitens die Stämme des Hedjas, bei denen es sich überwiegend um Städter handelt. Sie sind zahlreichen westlichen Einflüssen ausgesetzt und liberaler als die Najd-Araber. Drittens die Stämme der Provinz Hasa, bei denen es sich um eine klerikal-reaktionäre Minderheit handelt, die von den Wahhabiten als Ketzer angesehen wird (Brandes 1999: 263).

Abb. 1. Das politische System Saudi Arabiens



Quelle: Eigene Darstellung

2.4 Opposition

Ein deutlicher Unterschied zu einem westlichen Parlament ist das Fehlen jeglicher parlamentarischer Opposition. Saudische Opposition ist somit immer außerparlamentarische, wenn nicht Exilopposition. Der wohl bekannteste saudische Oppositionelle ist Osama bin Laden. In seinen Verlautbarungen fordert er die Befreiung der Arabischen Halbinsel von der Familie Saud. 1994 attackierte bin Laden das saudische Regime so heftig, dass Riad ihm die saudische Staatsbürgerschaft entzog. Am 3. August 1995 veröffentlichte bin Laden einen offenen Brief an König Fahd, ein zehneitiges Dokument, in dem er dem saudischen Monarchen vorwarf, sich nicht an die Lehren Abdul Wahhabs zu halten (Fandy 1999: 186).⁹

Darüber hinaus hat Saudi-Arabien drei weitere Oppositionsbewegungen. Erstens die Liberalen, meist im Westen ausgebildete junge Menschen und ehemalige arabische Nationalisten und Kommunisten, die im Land nach einer am Westen orientierten Modernisie-

⁹ So feindlich standen sich die beiden Parteien nicht immer gegenüber. 1984 wurde bin Laden von Prinz Turki al-Faisal engagiert, um das Rekrutierungsbüro der „arabischen Afghanen“ zu leiten, zur Unterstützung der Mujaheddin im Kampf gegen die UdSSR. Dieses Büro ist der Vorläufer der 1989 gegründeten Al-Qaida-Organisation. Darüber hinaus soll Prinz Turki bin Laden im Jahr 1991 die Flucht aus Saudi-Arabien ermöglicht und 1996 persönlich die Auslieferung des Terroristen aus dem Sudan an Saudi-Arabien verweigert haben (Gold 2003: 181). US-Geheimdienstquellen gehen davon aus, dass mehrere Prinzen Schutzgeld an bin Laden gezahlt haben. Außerdem flossen saudische Gelder an die Al-Wafa Humanitarian Organization und die Muwafaq Foundation; beide sollen als Deckmantel zur Finanzierung von Al-Qaida-Aktivitäten gedient haben (Levitt 2002).

nung streben. Einer von ihnen ist Turki Al-Hamad, ein Schriftsteller, der kontinuierlich den Wahhabismus im Allgemeinen und im Besonderen die Religionspolizei kritisiert (Lacroix 2005a). Zweitens die Islamisten, die bei weitem die größte Gruppe stellen (Gause 2002: 48). Die islamistische Opposition Saudi-Arabiens muss jedoch nochmals in drei Gruppen aufgespalten werden.

- Erstens die liberalen Islamisten oder „Islamo-Liberale“ (Lacroix 2004). Die liberalen Islamisten sind sich einig über die Forderung nach einer Konstitutionalisierung der saudischen Monarchie mit der Schaffung eines direkt gewählten Parlaments, über das Ende der Diskriminierung aller Minderheiten und eine bessere Umverteilung der Reichtümer – alles, und dies ist der große Unterschied zu den Liberalen, innerhalb des islamischen Gesetzes, der Scharia. Zu den Islamo-Liberalen zählen sowohl Sunniten als auch Schiiten (Lacroix 2005b).
- Zweitens die konservativen Islamisten. Ihre Forderung ist eine stärkere Beachtung der islamischen Gesetze. Sie äußern ihre Sorge über die Vernachlässigung islamischer Werte, rügen die Verbreitung von Programmen mit unverschleierten Frauen im Fernsehen und kritisieren die Presse wegen der Veröffentlichung von Artikeln, die von intellektueller Perversion gekennzeichnet seien. Außerdem verlangen sie, wenig präzise, eine „Islamisierung“ der Außenpolitik (Koszinowski 2002: 7). Sie unterscheiden sich von den Islamo-Liberalen darin, dass sie keine Wahlen fordern und ihr Frauenbild bzw. ihre Einstellung zu Minderheiten deutlich konservativer ist als jenes der liberalen Islamisten.
- Drittens die salafistischen Jihadisten (Lacroix 2005b), die gewalttätigste und radikalste Gruppe, die ihren Fokus auf die Außenpolitik legen und eine Abkehr vom westlichen Einfluss propagieren (King 1998: 10). Ihre Lieblingsthemen sind die Anprangerung der amerikanischen Präsenz auf dem „Boden der zwei heiligen Stätten“ und die Unterstützung der Taliban, deren Regierung und politische Entscheidungen sie zu legitimieren versuchten. Zahlreiche Bücher und öffentliche Erklärungen mit bezeichnenden Titeln wie „Über den Unglauben derjenigen, die den Amerikanern helfen“ wurden auf ihnen nahe stehenden Websites veröffentlicht (Lacroix 2005b). Die saudische Regierung sieht in der Gruppe der salafistischen Jihadisten auch die geistigen Urheber von terroristischen Anschlägen in Saudi-Arabien (Lacroix 2005).

Die dritte Oppositionsbewegung ist die Exilopposition mit Sitz in London. Zwischen 1990 und 1992 richteten sowohl Liberale als auch liberale Islamisten mehrere politische Petitionen an das Königshaus. Die Forderungskataloge zeigten eine gewisse Schnittmenge: Beide Gruppen verlangten den Kampf gegen Korruption und Nepotismus, ein weniger willkürliches Justizsystem und, in vager Form, eine Öffnung des politischen Systems (Hertog 2002: 1222).

Am 3. Mai 1993 konstituierte sich in Riad erstmals offiziell eine Oppositionsgruppe, die sich „Committee for the Defence of Legitimate Rights“ (CDLR) nannte (Koszinowski 2002: 8). Die Gründer des Komitees, Muhammad al-Masari (Physikprofessor) und Sad al-Faqih (Mediziner), gehörten der Gruppe an, die die beiden genannten Petitionen an König Fahd verfasst hatte. Am 11. Mai 1993 wurde das Komitee verboten, und zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten wurden verhaftet. Al-Masari und al-Faqih gelang 1993/94

die Flucht nach London (Koszinowski 2002: 10). Seitdem versuchen sie aus dem Londoner Exil die saudische Bevölkerung mit Faxen und E-mails gegen die Herrschaft der Familie Saud zu mobilisieren. 1996 überwarfen sich die beiden Führungspersönlichkeiten, so dass Faqih sofort im Anschluss das „Movement for Islamic Reform in Arabia“ (MIRA) gründete, dessen Ziele, Strategie und Ideologie sich nicht wesentlich von denen des CDLR unterschieden. Die Aktivitäten der saudischen Exilopposition, ob CDLR oder MIRA, hatten bislang keine feststellbare größere Rückwirkung auf die Entwicklung in Saudi-Arabien (Koszinowski 2002: 13).

Die saudischen Schiiten sind neben ihrem Engagement für die Islamo-Liberale Opposition noch aus einem anderen Grund eine Gefahr für die Königsfamilie. Zwar sind nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung Saudi-Arabiens Schiiten. Dennoch stellen sie in der strategisch und ökonomisch wichtigen Ostprovinz – wo das gesamte saudische Erdöl gefördert wird – rund 50 Prozent der Bevölkerung. Ihre starke kulturelle Affinität zum schiitischen Iran und mehr noch zu den Glaubensbrüdern im Irak gibt der saudischen Führung immer wieder Anlass zur Sorge (Steinberg 2001: 27).

Die Oppositionsbewegung ist fragmentiert, und es gibt keine wirkliche Alternative zum System der Al-Sauds. Ihre Zersplitterung in verschiedene Gruppen und nicht organisierte Einzelpersonen macht sie fast bedeutungslos. Die Gefahr einer Revolution wie im Iran ist nicht gegeben, da die Oppositionsgruppen nicht in der Lage sind, miteinander zu koalieren (Satloff 1998: 59).

2.5 Öl und Rentierstruktur

Der größte Stabilitätsfaktor des Landes ist jedoch weder die Königsfamilie noch das Bündnis mit dem wahhabitischen Klerus, sondern seine ökonomische Basis. Saudi-Arabien ist der größte Erdölexporteur der Welt, es verfügt mit 264,2 Milliarden Barrel Rohöl über ein Viertel der weltweiten Ölreserven und hat die niedrigsten Produktionskosten (1-2 US-Dollar) pro Barrel. Die geringen Produktionskosten lassen sich durch die günstigen „Finding Costs“ von ca. 10 US-Cent pro Barrel erklären (Energy Intelligence Group 1999: 7). Das Königreich hat 80 Öl- und Gasfelder und über 1.000 Förderstellen. Mehr als die Hälfte seiner Ölreserven lagern in nur acht Feldern, darunter die beiden größten Ölfelder Ghawar (70 Milliarden Barrel) und Safaniya (19 Milliarden Barrel). Diese enormen Reserven geben Saudi-Arabien die Macht, den Ölpreis zu diktieren. Das Land ist bislang als einziges in der Lage, als sogenannter „Swing Supplier“ zu fungieren. Um weltweite Produktionsausfälle auszugleichen, können die Saudis binnen drei Monaten ihre Fördermenge von acht auf 10,5 Millionen Barrel am Tag erhöhen oder alternativ den Preis hochtreiben (Kleveman 2003).

Die Gewinne durch die Ölexporte ermöglichen es der Herrscherfamilie, das System Saudi-Arabiens aufrecht zu erhalten. Das Regime ist nicht auf Steuereinnahmen angewiesen, musste also mit den Bürgern nicht über die Grundlagen der Besteuerung verhandeln und dafür politische Beteiligungsrechte einräumen. Die Wüstenmonarchie ist ein Rentier- und Allokationsstaat par excellence, ein Staat also, der mit den Ölexporterlösen über erhebliche externe Renteneinnahmen verfügt und diese nach Gusto oder politischer Oppor-

tunität verteilen kann (Perthes 2002a: 290). So subventioniert der Staat seine Untertanen¹⁰ und kauft ihnen damit politische Mitwirkungsansprüche ab (Glosemeyer/Perthes 2003: 4). Ein Rentierstaat bietet keinen Angriffshebel für das partizipatorische Prinzip des „No Taxation Without Representation“.

Doch ob Saudi-Arabien es sich ewig leisten kann, seiner Bevölkerung den Wunsch nach Partizipation abzukaufen, bleibt zu bezweifeln. Denn spätestens 1998 wurde deutlich, dass die Zeiten des Überflusses zu Ende sind. In diesem Jahr wurde die Misswirtschaft des Hauses Saud seit dem Beginn der Neunzigerjahre offenbar. Der zweite Golfkrieg überstieg mit Kosten von rund 60 Milliarden US-Dollar die finanziellen Möglichkeiten Saudi-Arabiens bei Weitem. So stieg 1990/91 das Haushaltsdefizit auf 37 Milliarden US-Dollar und 1992 um weitere 10 Milliarden US-Dollar (Cordesman 1999: 9).

Der Versuch, die Staatsfinanzen zu reformieren, scheiterte 1998 am sinkenden Ölpreis.¹¹ Die Gewinne aus dem Erdöl sanken von 45,5 Milliarden US-Dollar 1997 auf 29,4 Milliarden US-Dollar 1998, dies war ein Rückgang von 35 % (Cordesman 1999: 11). Dieser Einbruch hatte Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaftslage Saudi-Arabiens. 90 % der Exporteinnahmen und 75 % der Staatseinnahmen kommen aus dem Ölsektor (Taecker 1998: 4). Radikale Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und bei Investitionen in die Infrastruktur wurden eingeleitet. Abdullah lässt seit dieser Zeit keinen Zweifel mehr daran, dass die Zeiten des Überflusses vorbei seien und dass sich auch die Bürger Saudi-Arabiens darauf einstellen müssten, dass die Zeiten des Ölreichtums nicht ewig dauerten (Perthes 2002a: 305).

2.6 Bündnis mit den USA

Eine der wichtigsten externen Stützen und zugleich eines der größten innenpolitischen Probleme Saudi-Arabiens ist seine außenpolitische Bindung an die USA. Der wahhabitische Charakter des Königreichs bietet nur schwerlich eine gemeinsame Basis mit den christlichen, eng an Israel gebundenen USA. Die Interdependenz der ungleichen „Freunde“ ist jedoch bei genauerer Betrachtung nicht von der Hand zu weisen.

Als Grundstein der Freundschaft gilt das Zusammentreffen von Ibn Saud mit Präsident Roosevelt¹² im Februar 1945 in Ägypten auf dem Kreuzer USS Quincy. Roosevelt machte deutlich, dass die Vereinigten Staaten Ibn Saud als führenden arabischen Staatschef betrach-

10 Saudi-Arabien bietet seiner Bevölkerung Steuerfreiheit, kostenfreie medizinische Versorgung, Erziehung und Bildung sowie subventioniertes Wohnen. Darüber hinaus gelang es Riad bis 1985, den Großteil ihrer Bevölkerung im Staatsdienst zu beschäftigen. Zur strategischen Armutsbekämpfung werden die Renten jedoch nicht eingesetzt (Steinberg 2004b: 132).

11 Das Zusammenspiel von Asienkrise, geringer Nachfrage der Industrieländer wegen großer Lagerbestände und die Wiederaufnahme der Ölproduktion im Irak führte zu einem Absinken des Ölpreises auf unter zehn Dollar pro Barrel.

12 Schon im Februar 1943 schrieb Franklin D. Roosevelt an seinen Außenminister: „That the defense of Saudi Arabia is vital to the defense of the United States“ (Stork 1980: 24).

teten, und gab Zusicherungen über den Schutz der territorialen Integrität Saudi-Arabiens. Saudi-Arabien hatte schon vorher als Gegenleistung für finanzielle Unterstützung Erdölkonzessionen an US-Firmen vergeben und der Stationierung von US-Truppen seit Dezember 1943 auf dem Militärflughafen in Dhahran zugestimmt. Danach folgten Jahre des gemeinsamen Kampfes gegen Kommunismus und Nasserismus. Ein Tiefpunkt der bilateralen Beziehungen war das saudische Ölembargo 1973 als Reaktion auf die US-amerikanische Israelpolitik. Die Differenzen wurden allerdings endgültig beigelegt, als im März 1975 der damalige Kronprinz Fahd ein „Special Relationship Agreement“ unterzeichnete. Die Vereinbarung basierte auf der Bereitschaft der Saudis, ihre Gewinne aus den Ölverkäufen in amerikanische Unternehmen zu investieren¹³ und ihre flexible Ölförderung in der OPEC einzusetzen, um einen moderaten Preis zu garantieren. Im Gegenzug versprach Washington Riad, für die Sicherheit des Königreichs zu sorgen und die industrielle Entwicklung technisch zu unterstützen (Twinam 1994: 35).

Die US-Interessen haben sich über die Jahre nicht verändert. „The US depends on Saudi Arabia to provide oil exports, use its swing production capacity to help stabilize the oil market, and provide basing and military support for US power projection in the Gulf“ (Cordesman 2002: 73). Schon allein durch den Umfang der Ölreserven Saudi-Arabiens ist die Energiepolitik der USA an das Königreich gekoppelt. Für die USA ist Saudi-Arabien seit Beginn der Partnerschaft einer der größten Öllieferanten und spielt deshalb eine vitale Rolle (National Energy Policy Development Group 2001). Die Vereinigten Staaten brauchen aber nicht nur saudisches Öl, sondern auch die Sicherheit, dass Saudi-Arabien weiterhin als Handelspartner in die US-Wirtschaft investiert.

Die USA fungierten seit Ende des Zweiten Weltkriegs als Schutzmacht Saudi-Arabiens. Sie nutzten ihre militärische Präsenz als strategischen Brückenkopf in der instabilen Region, während das Herrscherhaus Saud die Anwesenheit der US-Truppen zur Stabilisierung ihrer Macht benötigte. Spätestens der Einmarsch des Irak in Kuwait verdeutlichte der Königsfamilie, dass das Regime trotz zahlreicher Waffeneinkäufe in den Achtzigerjahren nicht in der Lage war, sich ohne den Schutz der Vereinigten Staaten zu verteidigen. Waffenkäufe in den USA und gemeinsame militärische Manöver waren und sind unerlässlich für die saudi-arabische Armee. Beide Regierungen haben demnach auf der militärischen Ebene ein intensives, obwohl nicht in einem Abkommen kodifiziertes Kooperationsverhältnis (Perthes 2002b: 6).

Charakteristisch für diese „Freundschaft“ ist das Schweigen darüber. Beide Länder kennen ihre unüberwindbaren Differenzen und thematisieren sie dennoch nicht, da die strategische Abhängigkeit für beide zu groß ist. Dieses gut behütete Bündnis auf der Basis „Öl gegen Sicherheit“ wurde erst durch den 11. September 2001 schwer erschüttert.

13 Saudische Investoren haben rund 600 Milliarden US-Dollar in den USA investiert (Fürting 2005b).

3. Auslöser des Reformprozesses

Um den saudischen Reformprozess umfassend erklären zu können, müssen dessen Auslöser beleuchtet werden. Die außen- und innenpolitischen Probleme sowie die damit verbundene Kritik am Königshaus müssen in direktem Zusammenhang mit dem darauf folgenden Reformprozess gesehen werden. Der saudische Reformprozess ist nicht als Folge eines einzelnen Ereignisses zu sehen, sondern wurde von einem Konglomerat von Geschehnissen und Problemen ausgelöst. Vier Ereignisse bzw. Herausforderungen lassen sich als Ursachen für den Reformprozess spezifizieren.

Erstens wurden der 11. September und die darauf folgende Kritik aus Washington an den Kontakten der Saudis zu terroristischen Gruppen zu einem außenpolitischen Problem. Zweitens wuchs der innenpolitische Druck, einerseits durch terroristische Anschläge im Königreich und andererseits durch die anwachsenden Partizipationsbestrebungen der Bürger. Darüber hinaus erlangten zwei schon lange bekannte Probleme immer mehr Brisanz. Das anhaltende Bevölkerungswachstum und die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit wurden ebenso wie die alternde Führungsriege als Gefahr für die Stabilität des Landes evident.

3.1 Externer Druck: Die USA und der 11. September 2001

Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon konfrontierten Saudi-Arabien mit harten Fakten: 15 der 19 Attentäter hatten einen saudischen Pass, der Initiator des Terrors Osama bin Laden hatte bis 1994 die saudische Staatsbürgerschaft. Außerdem soll Geld von saudischen Staatsbürgern nicht nur diese, sondern zahlreiche Al-Qaida Aktionen finanziert haben (Prados 2003: 2).

Das Königreich versuchte immer wieder, die Teilhaberschaft von saudischen Staatsbürgern am 11. September 2001 herunterzuspielen.¹⁴ Gleichwohl war die saudische Führung aber über die offensichtliche Sympathie beunruhigt, die Teile der eigenen Gesellschaft Osama bin Laden entgegenbrachten, der schließlich auch das saudische Königshaus zum Feind hatte (Perthes 2002c: 10). Besonders die pro-amerikanischen „Sudairi Sieben“¹⁵ sind Osama bin Laden ein Dorn im Auge (bin Laden 1996).

14 Zum Beispiel Außenminister Saud: „Das Problem ist, dass Osama bin Laden ein saudischer Bürger war. Er benutzte am 11. September 15 Saudis. Deshalb sagen die Kritiker, Saudi-Arabien muss irgendwie in bin Ladens Machenschaften verwickelt sein“ (Interview mit dem saudischen Außenminister Prinz Saud, in: Welt am Sonntag, 12.1.2003, 6.).

15 König Fahd und seine sechs leiblichen Brüder bildeten in der Familie eine sehr mächtige Einheit, benannt sind sie nach ihrer Mutter Hussa bin Ahmad Al Sudairi, der Lieblings-Frau des Staatsgründers, die aus dem edlen arabischen Stamm der „Sudairi“ stammte. Es sind König Fahd, Sultan, Nayef, Salam, der stellvertretende Verteidigungsminister Prinz Abdul Rahman, der Geschäftsmann Prinz Turki und der stellvertretende Innenminister Prinz Ahmed.

Diese innersaudische Sympathie mag auch den hohen Anteil von saudischen Staatsbürgern in terroristischen Vereinigungen erklären. 100 der 158 im Januar 2002 inhaftierten vermeintlichen Al-Qaida-Terroristen in Guantanamo Bay hatten einen saudischen Pass (Bandow 2002: 4). 2004 waren es 160 von 640 Inhaftierten (Amnesty International Deutschland 2004). Auch in die Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 sowie den Anschlag auf die USS Cole 2000 im Hafen von Aden (Jemen) waren saudische Staatsbürger verwickelt (Miller/Stone/Mitchell 2002: 271). Ein Report einer unabhängigen Gruppe des US-amerikanischen Auswärtigen Ausschusses vom Oktober 2002 kam zu dem Schluss, dass Saudi-Arabien die wichtigste Quelle für die Finanzierung von Al-Qaida-Aktionen war (Prados 2003: 2). Die 27 geschwärzten Seiten des Kongressreports zum 11. September 2001 sollen sogar Kontakte der saudischen Regierung zu Al-Qaida beinhalten (Meyer 2003).

Im Zuge dessen haben 600 Angehörige von Opfern der Anschläge von New York und Washington Klagen gegen saudische Banken, vermeintliche Hilfsorganisationen und einzelne Mitglieder der saudischen Familie eingereicht (Schmidt 2002) und Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe gefordert.

Besonders in den Vereinigten Staaten führte die Beteiligung von Saudis an einem Anschlag gegen die USA zu heftigen Reaktionen. Die amerikanischen Medien reagierten schockiert und wiesen auf das widersprüchliche Bündnis und dessen Gefahren für die Sicherheit der amerikanischen Bevölkerung hin. Als "Kern des Bösen, der Hauptakteur, der gefährlichste Gegner", als Terror-Supermacht schlechthin wurde das Königreich in einem Strategie-Papier bezeichnet, das ausgerechnet aus dem Pentagon an die „Washington Post“ gelangt war (Hertog 2002: 1217).

Darüber hinaus blieben einige amerikanische Wünsche an die Zuverlässigkeit des Partners im Anti-Terror-Kampf offen. Saudi-Arabien verweigerte die zügige Sperrung terrorismusverdächtiger Konten und lieferte nur unzureichende Detailinformationen über die Herkunft der Flugzeugentführer (Follath/Windfuhr/Zand 2002: 134).

Das Außenministerium kritisierte in seinem „Patterns of Global Terrorism“-Report, dass Führungspersonen in Saudi-Arabien sich nicht bereit erklärt hätten, der Offenlegung der Gelder aller wohltätigen Organisationen des Königreichs zuzustimmen (Prados 2003: 2). Andererseits lobte man immer wieder die Unterstützung Saudi-Arabiens im Kampf gegen den Terrorismus. Am 25. November 2002 verkündete der Sprecher des Außenministeriums, Richard Boucher, die Administration „made it clear again and again we believe the Saudi response on matters involving the war on terrorism has been very strong“ (Prados 2003: 2).

Die Politik der USA in der Region wurde in Saudi-Arabien scharf beäugt. Zwar hatte die US-amerikanische Demokratisierungsagenda nie direkt Riad im Blick, doch die Kritik an Iran und Irak traf ebenso auf das Wüstenkönigreich zu. Bush kritisierte deutlich die mangelnde Freiheit: „All people have a right to choose their own government and determine their own destiny, and the United States supports their aspirations to live in freedom“ (Bush 2003); und betonte, dass brutale Diktatoren „with ties to terrorism, with great wealth, will not be permitted to dominate a vital region“ (Bush 2003).

Auch wenn die Administration sich mit direkten kritischen Äußerungen auf Grund der Abhängigkeit von saudischen Öl-Exporten und Waffen-Importen zurückhielt, aus den Reihen der Berater drangen deutliche Worte gegen die Königsfamilie an die Öffentlichkeit. Der ehemalige CIA Chef James Woolsey sagte in einer Rede im April 2003: „We want you nervous. We want you to realize that [...] we are on the side of those whom you, [...] the Saudi royal family, most fear. We are on the side of your own people“ (Alterman 2003: 158).

Auch im US-Kongress wurden die kritischen Stimmen lauter. In den Vordergrund rückten die Zusammenhänge zwischen dem Königreich und fundamentalistischen Gruppen. Klar und deutlich sagte es Senator Ernest Hollings aus South Carolina: „We have problems: The Saudi Arabian and other Muslim support of terrorists“ (Congressional Record 2002: S10348). Den Grund für die Nähe des Königshauses zu terroristischen Gruppen sehen viele im fehlenden Demokratisierungsprozess: „The lack of democracy in Saudi Arabia [...] seems to have created fertile ground for the development of terrorist movements in these countries“ (Hearing before the Subcommittee on the Middle East and South Asia of the Committee on International Relations 2001: 2).¹⁶

Die Kritik an Saudi-Arabien machte auch vor Gesetzesvorlagen nicht halt. Im Juli 2003 wurde im US-Repräsentantenhaus ein Gesetz vorgelegt, in dem Saudi Arabien auf die Liste der Terror finanzierenden Staaten gesetzt werden sollte. Es wurde mit 231 zu 191 abgelehnt. Im November 2003 kam es zur Vorlage des „Saudi Arabia Accountability Act“ im US-Senat. Dieser forderte von Riad, seine Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus zu maximieren. Die Gesetzesinitiative verlief jedoch im Sande, „as the State Department declared that Saudi Arabia had taken actions to disrupt domestic al-Qaeda cells and improved anti-terrorist cooperation with the USA“ (Kapiszewski 2006: 464). Doch hinter den Kulissen kritisierte man die mangelnde Unterstützung der Saudis im Kampf gegen den Terrorismus: „We have not gotten all that we want from the Saudis during the first phase of the war against terrorism“ (Gause 2002: 47).

Das seit 60 Jahren bestehende Bündnis schien an einem Scheidepunkt zu sein. Obwohl man sich in der saudischen Führung nicht zu der Kritik aus Washington äußerte, war in Riad bald klar, dass auch die guten Beziehungen zur US-Administration das Königreich nicht mehr vor Anfeindungen schützen konnten. Saudi-Arabien musste seine Reaktionen auf den terroristischen Anschlag gegen den Verbündeten überdenken.

¹⁶ Auch wenn die Worte im Kongress deutlich waren, demokratiefördernde Taten in Riad gab es kaum. Die US-Reformförderung wurde mehrheitlich von der US-Botschaft in Saudi-Arabien und der „Middle East Partnership Initiative“ (MEPI) des Außenministeriums geleitet. Im Laufe des Jahres 2003 organisierte die Botschaft den Besuch von Menschenrechtsorganisationen im Land sowie des Staatssekretärs für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit. Im selben Jahr arrangierte die Botschaft auch „Orientierungsfahrten“ in die USA und Workshops für Journalisten, Lehrer und Offizielle (Sharp 2004: 6).

3.2 Interne Bedrohung: Terror und Petitionen

Sehr lange hat das Königshaus die Augen vor der extremistischen Gefahr im eigenen Land verschlossen und jede Verantwortung für deren Gewalttaten abgelehnt. Doch im Frühjahr 2003 sollte sich diese Einstellung ändern. Am 12. Mai sprengten sich in Riad zwölf Selbstmordattentäter in drei streng gesicherten Ausländerquartieren in die Luft; 34 Menschen, zumeist Angestellte des amerikanischen Rüstungsunternehmens Vinell Corporation, starben und 200 wurden verwundet. Am 9. November 2003 explodierten in Riad zwei mit Sprengstoff beladene Kleinlaster, 17 Menschen starben, 122 wurden verwundet (MacFarquhar 2003: 1). Am 21. April 2004 gab es einen Bombenanschlag auf das Hauptquartier der Sicherheitskräfte in Riad, bei dem vier Menschen starben und 148 verwundet wurden (Nüsse 2004: 1). Am 1. Mai 2004 wurden zwei Amerikaner, zwei Briten und ein Australier in der Hafenstadt Janbu ermordet (Follath 2004: 120). Ende Mai 2004 starben 22 Menschen bei einem Anschlag auf eine Ausländerwohnsiedlung in der ostsaudischen Stadt al-Chobar und im Juni wurde der irische BBC-Kameramann Simon Cumbers erschossen und sein Kollege, der Korrespondent Frank Gradner, schwer verletzt. Im selben Monat wurde ein amerikanischer Angestellter von Lockheed Martin, Paul M. Johnson, enthauptet (Zuhur 2005: 36) und im Dezember 2004 kam es zu einem Angriff auf das US-Konsulat in Dschidda, fünf Saudis wurden verletzt. Die Anschläge wurden abwechselnd von einer sich als al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (Tanzim al-Qaida fi Jazirat al-Arab) bezeichnenden Gruppe und den sogenannten „Brigaden der zwei heiligen Stätten“ (Kata eb al-Haramain) verübt (Lacroix 2005b). Insgesamt fanden im Zeitraum 2003 bis 2005 221 Menschen durch Terrorakte den Tod (Teitelbaum 2005: 1).

Seit dem 12. Mai 2003, den die Saudis als „ihren 11. September“ ansehen, zeigt die Regierung beim Thema Terrorismus nicht mehr mit dem Finger auf andere Länder (Thumann 2003). Der 9/11 Commission Report beschreibt den saudischen Gesinnungswandel, „[a]s in Pakistan, Yemen, and other countries, [Saudi] attitudes changed when the terrorism came home“ (National Commission on Terrorist Attacks upon the United States 2004: 373). Auch wenn sich die Sicherheitslage seit 2005 beruhigt hat, zeigten die Terroranschläge sehr deutlich, dass das Regime die Art und Intensität der Bedrohung durch terroristische Gruppen lange unterschätzt hat.

Und nicht nur der Terror sollte ein Problem für das Königshaus werden, darüber hinaus wurden erstarkende Partizipationsforderungen der Bürger zur Herausforderung. Am 20. Januar 2003 erhielt der damalige Kronprinz Abdullah eine von 104 reformorientierten Intellektuellen und liberalen Islamisten unterschriebene Petition („A Vision for the Present and the Future of the Nation“). Vorbereitet wurde die Petition von Abdullah al-Hamed (liberaler Islamist aus Riad), Mohamed Said Tayyeb (liberaler Anwalt aus Jeddah) und dem Schiiten Jaafar al-Shayeb (Kapiszewski 2006: 464). Sie forderten u.a. Wahlen zum Konsultativrat und zu den Regionalversammlungen, Gewaltenteilung, eine Justizreform, garantierte Bürger- und Menschenrechte sowie mehr Rechte für Frauen. Ihr Anliegen war, den Konsultativrat mit legislativer Macht und Kontrollmechanismen auszustatten (Kapiszewski 2006: 464). Überraschenderweise reagierte Abdullah anders als König Fahd bei den bekannten Vorgängerpetitionen nach dem zweiten Golfkrieg (Fürtig 2005a: 274). Noch im selben Monat empfing er 36 der Unterzeichner und versicherte ihnen „y-

our demands are my demands“. Er versprach der Gruppe „reforms [are] only a matter of time“ (Raphaeli 2005: 522). Innenminister Nayef äußerte sich deutlich kritischer zu den Reformwünschen. Sein Credo lautet „no to change, yes to development“ (Jones 2003). Seiner Meinung nach bedürfe es keiner Veränderung in Saudi-Arabien: „Change means changing something that already exists. Whatever exists in the Kingdom is already well-established; however, there is a scope for development – development that does not clash with the principles of the nation“ (Jones 2003).

Doch Abdullah ließ sich von den kritischen Äußerungen nicht beirren und suchte weiterhin das Gespräch mit Reformern. Die am 30. April 2003 von 450 saudischen Schiiten unterschriebene Petition („Partners in One Nation“) verlangte die Gleichheit der Bürger und ein Ende der Diskriminierung (Gause 2004: 23). Sie schlossen sich der Januarpetition an, erbaten aber darüber hinaus eine öffentliche Ankündigung des Königs, den schiitischen Rechten mehr Respekt entgegenzubringen, und die Gleichstellung mit anderen Einwohnern (Kapiszewski 2006: 464f). Abdullah zeigte abermals Gesprächsbereitschaft. Er empfing die schiitische Delegation und besprach mit ihnen den Inhalt der Forderungen. Zumindest offiziell waren die Schiiten damit von beargwöhnten und diskriminierten Abtrünnigen zu (wohl)gelittenen Gesprächspartnern geworden. Auch Verteidigungsminister Sultan suchte das Gespräch. Im Juli 2003 lud er 30 Intellektuelle ein und bat sie um konkrete Vorschläge für politische Reformen (Fürting 2005a: 275).

Mit Ausnahme der Gespräche blieben die Appelle der Reformer jedoch unbeachtet. Das führte zu einer erneuten Petition. Am 24. September unterschrieben mehr als 300 Saudis, darunter 50 Frauen, die Petition „In Defense of the Nation“. Grundsätzlich unterstützten sie die Petition vom Januar, darüber hinaus setzten sie sich für eine Ablehnung aller Formen des Extremismus und Terrorismus ein (Russell 2005: 74). Zusätzlich begehrteten 300 saudische Frauen im Dezember 2003 in einer acht Punkte umfassenden Petition mehr Rechte (Raphaeli 2005: 526).

Die deutliche und dauerhafte Kritik an der fehlenden Umsetzung des Reformkurses brachte das Königshaus gegen die Reformer auf. Als einige von ihnen im Dezember 2003 eine weitere Petition einbrachten, die Rechenschaft über die Umsetzung bis dahin angekündigter Reformschritte forderte, wurden sie von Abdullah persönlich zur Raison gebracht (Fürting 2005a: 281). Insgesamt erhielt Abdullah im Jahr 2003 nicht weniger als fünf Petitionen, und auch 2004 sollte noch eine folgen. Im Februar verlangten 880 Intellektuelle einen konkreten Zeitplan für politische Reformen und eine Verfassungsreform. Professor Abdullah Hamed, einer der Initiatoren, schlug sogar die Umwandlung der absoluten in eine konstitutionelle Monarchie vor (Gresh 2006: 6).

Fortan wandelte sich das Klima, dem Königshaus wurden die Petitionen und die Rufe nach Reformen zu viel, und so reagierte es mit harter Hand. Das Informationsministerium verpasste mehreren Journalisten Maulkörbe, die sich mit ihrer Kritik des religiösen Establishments zu weit vorgewagt hatten. Innenminister Nayef verfügte, dass kritische Reformer verhaftet werden sollten (Kapiszewski 2006: 475), auf Grund von Äußerungen „that do not serve the unity of the homeland or the integrity of the society“ (Wilson 2004).

Mitte März wurden zwölf Reformer verhaftet, weil sie es gewagt hatten, durch die letzte Petition die Prinzen an eine Reihe von unerfüllten Reformforderungen zu erinnern. Neun von ihnen wurden wieder entlassen, unter der Vorraussetzung, dass sie es unterließen, solche Forderungen erneut zu stellen und dass sie ihre politischen Aktivitäten einstellten. Die drei verbliebenen Initiatoren der Petition, der Dichter Ali Dimeeni sowie die beiden Professoren Abdullah Hamed und Matrouk Faleh, verweigerten sich diesen Bedingungen (Hamzawy 2006: 8). Sie blieben in Haft und wurden unter Protest von internationalen Menschenrechtsorganisationen im Mai 2005 zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und neun Jahren verurteilt (Coll 2005).¹⁷ Knapp eine Woche nach der Krönung von Abdullah im August 2005 begnadigte er die Reformer (Mohler 2007: 10).

An diesem Beispiel erkennt man die Bruchlinie, die durch die saudische Königsfamilie läuft. Innenminister Nayef will den Status quo beibehalten, Kronprinz Abdullah setzt auf den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Doch nicht nur in Bezug auf den Reformkurs stehen die Al-Sauds vor der Herausforderung, eine gemeinsame Position zu finden. In vielen Bereichen muss die Königsfamilie in den nächsten Jahren auf einen gemeinsamen Nenner kommen, denn um die gesellschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, müssen die Al-Sauds in der Lage sein, nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

3.3 Der Generationswechsel in der Königsfamilie

Die offizielle Thronfolge in Saudi-Arabien sah vor, dass immer der nächstälteste Sohn Ibn Sauds den Thron besteigen sollte. Aber nun sind sowohl König Abdullah als auch dessen Kronprinz Sultan über 80 Jahre alt und in der Herrscherfamilie wird heftig diskutiert, wann man den Generationswechsel im Königshaus vollziehen möchte. Deshalb konzentriert sich die Auseinandersetzung am Hof bereits auf die Enkelgeneration.

Der Wechsel von Fahd zu Abdullah 2005 verlief völlig reibungslos, da Abdullah die Regierungsgeschäfte schon zehn Jahre vor dem Tod Fahds übernommen hatte. Zur Stabilität des Herrscherhauses trug bei, dass Abdullah sofort seinen Halbbruder Sultan zum Kronprinzen ernannte. Diese zügige Entscheidung dürfte Intrigen und Kabale innerhalb der Königsfamilie erheblich begrenzt haben. Abdullah hatte im Gegensatz zu seinen Vorgängern die Möglichkeit, den Kronprinzen selbstständig zu bestimmen. In dem 1992 von König Fahd vorgelegten Grundgesetz wurde festgelegt, dass der Thron auf die direkten Nachkommen Ibn Sauds, also seine Söhne und Enkel, übergehen solle. Aufsehen hatte damals die Bestimmung erregt, dass der König den Thronfolger ernenne und entlasse. Abdullah wurde allerdings ausdrücklich von dieser Bestimmung ausgenommen, da er bereits 1982 als Thronfolger eingesetzt worden war (Steinberg 2004a: 96f). Er war somit der erste, der als König bei der Ernennung seines Kronprinzen von dieser Regelung hätte Gebrauch machen können. Sein Festhalten an der bekannten Struktur, dass sein nächst-

¹⁷ Sechs Jahre für Professor Matruk Faleh, sieben Jahre für Professor Abdullah Hamed und neun Jahre für Ali Dimeeni (Gresh 2006: 7).

jüngerer (Halb)-Bruder ihm nachfolgen sollte, zeigt, dass Abdullah die Verantwortung für den Generationswechsel nicht übernehmen wollte oder konnte.

Nach dieser ungenutzten Möglichkeit besteht nun die Herausforderung darin, andere Wege zu finden, die notwendigen Maßnahmen durchzusetzen. Denn sollte sich die Familie nicht zu einem dynastischen Generationswechsel entschließen, wird sie schlechtestenfalls alle zwei bis drei Jahre einen neuen König aus ihren Reihen auswählen müssen, mit allen Konsequenzen, die dies für die politische Kontinuität und Stabilität des Landes haben könnte (Steinberg 2001: 25).

3.4 Armut, Arbeitslosigkeit und Bildungsdefizite

Eine der größten Aufgaben für Saudi-Arabien ist die Lösung seiner demographischen Probleme. Die saudische Bevölkerung hat mit über 3,5 % pro Jahr eine der höchsten Wachstumsraten der Welt.¹⁸ 1980 hatte Saudi-Arabien noch eine Bevölkerungszahl von sieben Millionen, heute sind es 23 Millionen. Eine logische Folge ist das sinkende Pro-Kopf-Einkommen. Ende der Neunzigerjahre war das Pro-Kopf-Einkommen vom Höchststand 28.600 US-Dollar im Jahr 1981 auf 8.000 US-Dollar im Jahr gesunken. Durch rasches Bevölkerungswachstum, relativ niedrige Ölpreise, Misswirtschaft und Korruption näherte es sich Drittwelt-Niveau.¹⁹

Planungsexperten haben errechnet, dass in den kommenden 20 Jahren ein Investitionsvolumen von rund 270 Milliarden US-Dollar erforderlich ist, um den gegenwärtigen Lebens- und Versorgungsstand der wachsenden Bevölkerung zu sichern und auszubauen (Länder und Märkte 2003c). Von diesem Betrag müssen rd. 117 Milliarden US-Dollar für den Bau von Kraftwerken reserviert werden. Weitere 90 Milliarden US-Dollar sind für die Errichtung von Meerwasserentsalzungsanlagen und Kläranlagen notwendig. Für die Förderung und wirtschaftliche Nutzung der nationalen Gasvorräte sind rd. 27 Milliarden US-Dollar erforderlich. Die verbleibenden Investitionsgelder sind in den Bereichen Telekommunikation, Straßenbau, Flughäfen und in neue Transportsysteme einzusetzen (Länder und Märkte 2003c).

Ein weiterer Nebeneffekt des hohen Bevölkerungswachstums ist die stetige Verjüngung der Gesellschaft. 45 % der Bevölkerung sind jünger als 14, 73 % sind jünger als 29 Jahre. Die Schaffung von Arbeitsplätzen gehört daher zu den obersten Prioritäten saudischer Politik. Der saudisch-arabische Arbeitsmarkt müsste jährlich ca. 130.000 junge Männer aufnehmen. Tatsächlich finden jedoch nur 30.000 bis 40.000 Schulabsolventen eine Arbeitsstelle. Da die staatlichen Institutionen bereits überbesetzt sind und im Ölsektor kein arbeitsplatzintensives Wachstum stattfindet, liegt die Arbeitslosenquote²⁰ der jungen männ-

18 Jede saudische Frau hat im Durchschnitt sieben Kinder (Fürtig 2006: 2).

19 Heute hat es wieder 14.000 US-Dollar erreicht (Chimelli 2006: 3).

20 Arbeitslosigkeit hat in Saudi-Arabien nicht dieselben Folgen wie im Westen. Im Königreich übernehmen bisher die Familien die Lebenshaltungskosten der Arbeitslosen. In den letzten Jahren ist jedoch die Zahl

lichen Saudis Schätzungen zufolge zwischen 15 und 30 % (Länder und Märkte 2003a). Zu den weiblichen Arbeitskräften, deren Beschäftigungsmöglichkeiten stark reglementiert sind (z.B. Lehrerinnen für Mädchenschulen, medizinische Berufe für weibliche Patienten), liegen weder verlässliche Zahlen noch Schätzungen vor. Für die junge Bevölkerung des Landes müssten bis 2020 rund vier bis sechs Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden (Länder und Märkte 2003a). Dies ist aber bei der schwierigen Lage der saudischen Wirtschaft kaum möglich.

Ein Versuch, mehr Arbeitsplätze für saudische Staatsbürger zu schaffen, ist die sogenannte Saudisierung. Die Saudisierung sah für die Jahre 2000 bis 2005 die Schaffung von 817.000 Arbeitsplätzen für Saudis vor. Neben der Schaffung neuer Stellen war eine deutliche Reduzierung des Ausländeranteils geplant. Im Mai 2001 veröffentlichte das Arbeitsministerium einen Bericht, in dem die Behörde die Reduzierung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte von sieben auf eine Million Menschen im Jahr 2030 forderte (Steinberg 2004a: 100). Die Regierung bedenkt dabei jedoch nicht das vergleichsweise niedrige Niveau der saudischen Berufsausbildung. Ausländische Arbeitskräfte sind besser qualifiziert und weitaus kostengünstiger. Erfahrungsgemäß sind die Gehälter von saudi-arabischen Fachkräften doppelt so hoch wie diejenigen ihrer ausländischen Kollegen (Länder und Märkte 2004). Stark traditionell ausgerichtete Bevölkerungsschichten lehnen überdies eine Beschäftigung im modernen Industrie- oder Dienstleistungsbereich ab.

Allen Rufen nach Saudisierung zum Trotz ist Saudi-Arabiens Schul- und Hochschulsystem derzeit nicht in der Lage, qualifizierte Arbeitnehmer für den saudischen Arbeitsmarkt auszubilden (Länder und Märkte 2003a).²¹ Das Grundproblem liegt darin, dass das Erziehungswesen aus zwei parallelen Sektoren besteht: Der eine ist religiös geprägt und wird vollkommen von den wahhabitischen Gelehrten kontrolliert, der andere ähnelt stärker säkularen Erziehungssystemen. Doch auch in diesem Bereich besteht der Unterricht bis zu einem Drittel aus religiösen Inhalten, die entsprechend den Vorstellungen der wahhabitischen Gelehrten gestaltet sind. Dieses Problem wird auch anhand des Lehrstoffs deutlich. Der Vorschlag der Regierung, Englisch – die einzige Fremdsprache, die in Saudi-Arabien offiziell gelehrt werden darf – bereits in der Elementarstufe für Sechsjährige einzuführen, stieß auf den erbitterten Widerstand religiöser Kräfte. Diese befürchteten eine zunehmende Verwestlichung des Unterrichts und eine Kürzung des wöchentlich siebenstündigen Religionsunterrichts. Westliches Wissen darf nur sehr selektiv vermittelt werden und beschränkt sich auf naturwissenschaftliches und technisch anwendbares Wissen. Ausbildung in Geschichte, Soziologie, Philosophie und vielen anderen Fächern ist nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich (Länder und Märkte 2003b).²²

armer Familien, die nicht mehr in der Lage sind, die Arbeitslosigkeit einzelner Mitglieder aufzufangen, gestiegen (Steinberg 2004b: 125f).

21 Die Analphabetenrate der Erwachsenen über 15 Jahre wird für das Jahr 2002 von der UNDP im Human Development Report noch immer auf etwa 22 % geschätzt (Hahn 2005: 17).

22 Saudi-Arabiens Hochschulsystem ist jedoch wieder sehr abhängig von westlichem Wissen. Die Qualifikation des Lehrpersonals ist eine der zentralen Schwächen des saudischen Hochschulsystems. Insgesamt gibt

Abdullah hat diese Probleme mittlerweile erkannt. Seit seiner Thronbesteigung gewinnt die Gesellschaft an Transparenz und Themen wie Bevölkerungswachstum, Bildung, Armut und Arbeitslosigkeit werden offener diskutiert als je zuvor (Gresh 2006: 6f).

Wie dieses Kapitel verdeutlichte, bestand auf Grund der Herausforderungen drastischer Reformbedarf. Das folgende Kapitel soll klären, welche Reformen vom Königshaus initiiert wurden, um auf die vorab aufgezeigten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren, ohne die Stabilität ihrer Herrschaft aus den Augen zu verlieren.

4. Wandel und Reformen

4.1 Die Rückkehr auf das diplomatische Parkett

Die größte außenpolitische Herausforderung für das Königreich war es, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 zu bereinigen, ohne dabei das Gesicht vor der islamischen Bevölkerung und den Nachbarnationen zu verlieren.

Trotz der anfänglichen Versuche, die Teilnahme saudischer Bürger am 11. September herunterzuspielen, wurde der saudischen Führung schnell klar, dass man die Kritik der USA nicht ignorieren konnte. Als eine der ersten Taten sandte Saudi-Arabien den USA in der Woche nach dem 11.9. ein „Versöhnungsgeschenk“: Neun Millionen Barrel Rohöl, eine Tagesproduktion, wurden kostenfrei in die USA verschifft (Henderson 2002).

Zusätzlich versuchte die Königsfamilie, durch Anzeigen in amerikanischen Medien ein positiveres Bild von Saudi-Arabien zu etablieren. Sie engagierte zwei PR-Firmen, um das saudische Image als Verbündeter der USA wieder herzustellen, und ein weiteres Unternehmen, um amerikanischen Kongressabgeordneten das saudische Königreich und dessen Interessen näher zu bringen (Marquis 2002).

Doch alle oberflächlichen Versuche das Verhältnis zu verbessern, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bündnispartner mit starken politischen Differenzen zu kämpfen hatten. Ein erstes Zeichen war der Abzug von mindestens 100 Milliarden US-Dollar aus amerikanischen Firmenbeteiligungen durch saudische Investoren (Sieff 2004: 97). Auch die Unstimmigkeiten im Kampf gegen den Terrorismus wurden immer deutlicher.

Saudi-Arabien trat zwar trotz der 15 saudischen Flugzeugentführer – oder gerade deshalb – der Koalition gegen den Terror bei.²³ Trotzdem lehnte Saudi-Arabien den Feldzug

es in Saudi-Arabien nur 10.738 promovierte Lehrkräfte. Von den 8.291 männlichen Lehrenden mit Doktorgrad sind etwa 50 % Ausländer. Bei den 2.447 promovierten weiblichen Lehrenden liegt der Anteil der Ausländerinnen mit 1.487 sogar noch höher (Hahn 2005: 41).

²³ Außenminister Saud: „We felt nothing but condemnation for those who committed this utterly criminal act.[...] The Kingdom of Saudi Arabia has confirmed its categorical rejection of all kinds of terrorism, and

der Anti-Terror-Koalition gegen Afghanistan ab. Es hatte schon vor Beginn der Kampfhandlungen am 7. Oktober 2001 deutlich gemacht, dass es keine logistische Hilfe leisten werde, da es den Krieg eines westlichen Landes gegen ein islamisches Land nicht unterstütze.²⁴ Die auf der Prince-Sultan-Airbase bei Riad zur Überwachung der südlichen Flugverbotszone im Irak stationierten US-Kampfflugzeuge durften nicht an den Angriffen teilnehmen. Nur die Nutzung des dort neu eingerichteten, hochmodernen Kommando-zentrums wurde stillschweigend geduldet. Gleichzeitig äußerte Innenminister Nayef mehrmals offen Kritik am amerikanischen Vorgehen in Afghanistan (Steinberg 2003: 26).

Das Königreich kritisierte auch das amerikanische Vorgehen gegen das Baath-Regime in Bagdad. Während einer Pressekonferenz im Februar 2002 verdeutlichte Prinz Nayef klar die Position Saudi-Arabiens zu einem möglichen Angriff gegen den Irak. „Saudi Arabia is against resolving disputes through violence. [...] If this happens, God forbid, the Kingdom will not in any circumstance be for any war against any Arab country“ (Peterson 2002: 72).

Doch trotz aller Dementis leistete Riad den USA unauffällige, aber wirkungsvolle militärische Unterstützung (Cordesman 2006: 31). In den Wochen vor Beginn der Kampfhandlungen stieg die Zahl der US-Soldaten in Saudi-Arabien auf fast 10.000 (Schmitt 2003: 1). Der Prinz-Sultan-Stützpunkt konnte als Befehlszentrum für den gesamten Luftkrieg genutzt werden. Zugleich wurden US-Eliteeinheiten auf die Luftwaffenstützpunkte Arar und Tabuk im Nordosten des Landes verlegt, die später Kommandoeinsätze im Inneren des Irak durchführten (Gresh 2003: 1).

Die Unterstützung im Irakkrieg wird aber vorerst die letzte US-Aktion auf der Prinz-Sultan-Airbase gewesen sein. Die USA planten seit Beginn 2003, all ihre Truppen aus Saudi-Arabien abzuziehen und sie auf die Al-Ubeid-Airbase im benachbarten Katar zu verlegen. Am 22. September 2003 war der vollständige Abzug vollzogen. Circa 300 Soldaten der U.S. Army und Air Force blieben für gemeinsame Militärübungen noch bis Mai 2006 (Prados/Blanchard 2006: 10). Der Truppenabzug kam beiden Parteien innenpolitisch entgegen. Richard N. Murphy, früherer Staatssekretär im US-Außenministerium, begrüßte den Truppenabzug: „Our presence has become more of a burden than a benefit“ (Tyler 2003: 14). Die saudische Führung hatte den Abzug unterstützt, obwohl die Stationierung von US-Truppen auf saudischem Boden für die Herrscherfamilie ein Stabilitätsfaktor und eine Versicherung gegen Aufständische war. Die Anwesenheit der US-Truppen war Objekt oppositioneller Kritik und innenpolitisch so unpopulär, dass die Stabilität des Al-Saud Regimes eher durch den Abzug als durch ein Bleiben gewährleistet werden konnte. Gerüchten nach soll Abdullah den Truppenabzug nach der Irakinvasion schon im Januar 2003 abgesprochen und als Gegenleistung Wahlen auf regionaler Ebene versprochen haben (Tyler 2003: 14). Trotz des Truppenabzugs bleiben die USA Saudi-Arabiens wichtigs-

sincere determination to combat it lonely and in cooperation with the world community.“ (Ministry of Foreign Affairs of Saudi Arabia 2002)

24 Verteidigungsminister Sultan sagte dazu: „We do not accept the presence in our country of a single soldier at war with Muslims or Arabs“ (Teitelbaum 2001).

ter militärischer Berater, Zulieferer und Quelle von technischem Know-how. Zwischen 2001 und 2004 hat Saudi-Arabien Waffenkäufe im Wert von 5,6 Milliarden US-Dollar getätigt. 68 % der Aufträge (3,8 Milliarden US-Dollar) gingen in die USA (Cordesman 2006: 32).

Die größte außenpolitische Herausforderung für Riad ist jedoch die aktuelle Lage in der Region. Der Absturz des Nachbarlandes Irak schafft eine Reihe weiterer Probleme. Die Umschichtung der Machtverhältnisse und der Aufstieg schiitischer radikaler Führer wie Muktada al-Sadr im Irak macht Riad Sorgen.²⁵ Die Saudis fürchten einen offenen Konfessionskrieg im Nachbarland Irak; und dennoch sind sie aus religiösen Gründen schon jetzt darin verwickelt. Als US-Vizepräsident Dick Cheney im Dezember 2006 in Riad war, wies König Abdullah deutlich darauf hin, dass die Saudis die irakischen Sunniten unterstützen würden, falls die USA abzögen und ein Bürgerkrieg ausbräche (Chimelli 2007a: 8).

Um die Stabilität im Irak und in der gesamten Region zu sichern, nutzt König Abdullah sein gesamtes diplomatisches Geschick. Saudi-Arabien übernimmt die Vermittlerrolle in nahezu allen regionalen Konflikten. Für das Mekka-Abkommen zwischen Hamas und Fatah im Februar 2007²⁶ erhielt Abdullah viel diplomatisches Lob. Im März 2007 war das Königreich Gastgeber des Gipfeltreffens der arabischen Liga. Riad verhandelt an allen Fronten: Irak, Iran, Libanon und Palästina.

Es macht den Eindruck, als wolle sich Riad durch seine Rolle als Makler unersetzlich machen, nicht nur für seine Nachbarländer, sondern auch für Washington. Unverkennbar ist dennoch, dass die Saudis keine neutralen Makler sind, sondern klare Interessen haben. Hauptgrund für ihre diplomatische Aktivität ist die wachsende Macht des Iran. Der Iran hat in den letzten vier Jahren zum Missfallen Saudi-Arabiens enorm an Einfluss in der Region gewonnen: durch den Sturz der Saddam-Diktatur, durch die wachsende Rolle der Schiitenmiliz Hisbollah im Libanon sowie durch die schiitische Unterstützung der Hamas in Palästina. Zudem arbeitet Teheran an einem Atomprogramm (Avenarius 2007: 4). Die Antworten Saudi-Arabiens sind deutlich. Es steigert seine Ölförderung, denn der Iran soll den Ölpreis nicht diktieren können, um so seine Macht zu mehren. Darüber hinaus hat König Abdullah eine sunnitische Allianz mit Ägypten und Jordanien geschmiedet, um die schiitische Dominanz einzudämmen (Khoudry 2007: 7). Trotz aller Rivalitäten: Am 4. März 2007 war der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad zu seinem ersten Staatsbesuch in Riad.²⁷ Themen sollen das iranische Atomprogramm und die Zukunft des Irak gewesen sein. Ein mögliches Indiz, dass Saudi-Arabien als Vermittler zwischen den

25 Deshalb sagte der ehemalige saudische Botschafter in Washington, Prinz Turki: „Our main interest is in stabilizing the situation in Iraq and maintaining the territorial integrity of Iraq. And it would be counter to our interest to have a continually disturbed Iraq, whether it is through sectarian or ethnic violence“ (Scharff 2006).

26 Nach mehreren gescheiterten Vermittlungsversuchen regionaler Akteure gelang es dem König, eine Einigung zwischen Fatah und Hamas zu vermitteln. Fortan sollten Dialog und Partnerschaft anstelle von Gewalt die Mittel der innerpalästinensischen Auseinandersetzungen sein.

27 „Iran und Saudi-Arabien nähern sich an“, in: Süddeutsche Zeitung, 5.3.2007, 8.

USA und dem Iran fungierte, gab das Treffen von Ahmadinedschad mit Prinz Bandar, dem ehemaligen Botschafter in Washington und engen Verbündeten des US-Präsidenten.²⁸

Zugute kommt Riad, dass die USA zurzeit unabhängig vom demokratischen oder un-demokratischen Charakter eines Regimes jede prowestliche Regierung im Mittleren Osten unterstützen. Saudi-Arabien nutzt dies geschickt um die eigene Position in der Region zu stärken. Der Staatsbesuch von US-Außenministerin Rice in Riad im August 2007 zeigte deutlich, dass die USA eine arabisch-israelische Front gegen den Iran propagieren (Chimelli 2007b: 4). Saudi-Arabien wird seitdem in Washington nicht mehr für seine autokratische Staatsform kritisiert, sondern gilt nun als gemäßigter islamischer Staat. Im Zuge der Eindämmung des Iran wird Saudi-Arabien mit modernen Waffen für rund 20 Milliarden US-Dollar aufgerüstet. Als Gegenleistung hat Saudi-Arabien einen Botschafter nach Bagdad geschickt, und es will dem Wunsch Washingtons nachkommen, sich aktiv an der Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses zu beteiligen (Oetliker 2007).

Die Außenpolitik des Königshauses nach dem 11. September 2001 ist nicht ohne den Blick nach Washington zu verstehen. Die saudischen Monarchen haben mit der in den saudischen Medien kaum beachteten logistischen Unterstützung im Irakkrieg 2003 und dem aktiven Beitrag zur Eindämmung des Iran versucht, den westlichen Partner zufriedenzustellen. Mit dem Truppenabzug und dem diplomatischen Engagement in der Region wurden sowohl die Präferenzen der saudischen als auch die der US-amerikanischen Bevölkerung berücksichtigt. Offensiver Antiterrorkampf und aktives Verhandlungsendagement in der Region haben die Saudis in Washington wieder hoffähig gemacht und das saudische Regime vor anhaltender destabilisierender Kritik bewahrt. Hinzu kommt: Die US-Kritik an Riad nach 9/11 ist Vergangenheit, vielmehr ist saudische Unterstützung in den Konflikten der Region erwünscht. Somit hat auch die brisante außenpolitische Situation für das Herrscherhaus deutlich an Sprengkraft verloren und kann die Stabilität des Regimes außenpolitisch kaum mehr gefährden. Die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 angeschlagenen Saudis nutzten diese Chance und kehren erfolgreich auf das diplomatische Parkett zurück.

4.2 Mehr Partizipation wagen

Höchst entschlossen zeigte sich Saudi-Arabien seit 2003 im Kampf gegen Terroristen im eigenen Land. Seither deckten die Sicherheitskräfte Terrorzellen und Waffenlager in verschiedenen Teilen des Landes auf. Gleichzeitig mit der Verhaftungswelle wurden Hunderte von Predigern von ihren Posten abberufen, wegen mangelhafter fachlicher Qualifikation, wie es hieß (Glosemeyer 2003: 1). Nach den Aussagen von Innenminister Prinz Nayef konnten die Sicherheitskräfte 90 Prozent der geplanten Anschläge vereiteln (Frefel 2006b: 5). Einen deutlichen Rückgang der Anschläge bewirkte die Tötung des damaligen Anführ-

28 „Große Gefahr der Spaltung: Riad und Teheran wollen Frieden zwischen Sunniten und Schiiten“, in: Frankfurter Rundschau, 5.3.2007.

ners der „Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“, Abd al-Aziz al-Muqrin, Mitte des Jahres 2004 durch saudische Sicherheitskräfte (Lacroix 2005b).

Neben der Terrorbekämpfung wurden auch einige der 2003 vom Volk durch Petitionen geforderten Reformen in die Wege geleitet. Zu einem der ersten Schritte auf dem Weg zu Reformen zählte der Beschluss, den „Nationalen Dialog“ zu einer permanenten Einrichtung zu machen. Die erste Sitzung des „Nationalen Dialogs“ fand vom 15.-18. Juni 2003 in Riad statt. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutierten regierungstreue Geistliche, liberal-islamistische Reformer, Schiiten und liberale Intellektuelle verschiedene Reformvorschläge (Fürting 2005a: 276). Das „König Abdel Asis Zentrum“ zur Organisation des „Nationalen Dialogs“ wurde am 3. August 2003 in Riad eröffnet.

Insgesamt fanden seither sechs Treffen des „Nationalen Dialogs“ statt. Die diskutierten Themen waren Extremismus, Rechte und Pflichten der Frau, Bildung, Jugend und Wahrnehmung von Fremden (King Abdulaziz Center for National Dialogue 2007). Die Empfehlungen des „Nationalen Dialogs“ beinhalteten unter anderem Wahlen für den Konsultativrat und die Regionalräte, die Zulassung von Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative, die Revision der Lehrpläne, die Modernisierung des religiösen Diskurses, bessere Möglichkeiten für verantwortungsbewusste Meinungsäußerung, mehr Rechte für Frauen und die Einführung der Schulpflicht für Mädchen (Fürting 2005a: 276).

Mit dem „Nationalen Dialog“ institutionalisierte der Herrscher ein Forum des friedlichen Dialogs, um so möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen in den Reformprozess einzubinden. Das „Forum für den Nationalen Dialog“ war aber auch ein strategischer Schritt des Herrschers, um den gesellschaftlichen Druck zu kanalisieren und gleichzeitig Inhalt sowie Tempo der Reformen nicht aus der Hand zu geben. Denn wie die Festnahmen der Reformer gezeigt haben: Sobald die Forderungen die Vorstellungen der Königsfamilie überschreiten, reagiert das Herrscherhaus wenig dialogbereit.

Auf dem Höhepunkt des Nationalen Dialogs Ende 2003 gab das Herrscherhaus einer Forderung der Reformer nach und kündigte Wahlen zu den Gemeinderäten an. Der Prozess wurde mit der amtlichen Bekanntmachung vom 13. Oktober 2003 in Gang gesetzt, im Verlauf des Folgejahres die Hälfte der Gemeinderatsvertreter zu wählen (Glosemeyer/Perthes 2003: 7). Es vergingen neun Monate, bis der Minister für Gemeinde- und ländliche Angelegenheiten verkündete, die Wahlen würden im September abgehalten werden, Durchführungsbestimmungen folgten umgehend. Das Fehlen jeglicher Information über Wahlmündigkeit, Wahlkreise oder Frauenwahlrecht hatte längst Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Pläne aufkommen lassen; es mehrten sich Stimmen, die in der Ankündigung lediglich eine Geste gegenüber der US-Regierung sahen (International Crisis Group 2004: 19). Die Skepsis nahm zu, als die Wahlen im September 2004 auf den Jahresanfang 2005 verschoben wurden. Im Dezember 2004 stellte sich dann heraus, dass Frauen – mit der Begründung mangelnder Vorbereitungszeit – das Wahlrecht weiter verweigert würde, männliche Bürger ab dem 21. Lebensjahr aber abstimmen dürften. Die Wahl der Hälfte aller Mitglieder der insgesamt 178 Gemeinderäte begann am 10. Februar 2005 in Riad und wurde dann in zwei weiteren Stufen (Ostprovinz 3. März, Hijaz ab 21. April) fortgesetzt (Fürting 2005a: 285). Die Sitze in den Gemeinderäten waren sehr umworben, in Riad zum

Beispiel kämpften 640 Kandidaten um sieben Sitze (Wilson 2005a). In der Hauptstadt hatten sich 87.000 Wähler registrieren lassen, in der Stadtregion 149.000. Auf den ersten Blick erscheint dies wenig, angesichts der vier bis fünf Millionen Einwohner, doch eine Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, war nicht wahlberechtigt. Und etwa 30 Prozent der Bevölkerung waren ausgeschlossen, weil sie Ausländer sind (Chimelli 2005: 1). Doch auch insgesamt war die Wahlbeteiligung niedrig, nur zwischen 25 und 35 % der Wahlberechtigten gingen an die Urnen (Hamzawy 2006: 12).

Der Verlauf der Wahlen hatte mitunter kuriose Züge. Wahlkampf im westlichen Sinne gab es nicht. Werbung in Radio, Fernsehen oder Moscheen war nicht erlaubt. Zeitungsinserate waren gestattet, aber kein Kandidat durfte sich als Anhänger einer Gruppierung zu erkennen geben (Chimelli 2005: 1). Erst acht Monate nach Beendigung der Abstimmung gab die Regierung bekannt, nach welchen Verfahrensregeln diese Kommunalparlamente funktionieren sollten und welche Kompetenzen und Rechte ihnen überantwortet würden. Zwei Wochen darauf wurde die andere Hälfte der Gemeinderäte ernannt – zumeist Honoratioren, die auf Grund bestimmter Qualifikationen ausgewählt wurden (Gresh 2006: 6).

Eindeutiger Gewinner der Wahlen waren die Vertreter der islamistischen Opposition.²⁹ In Riad zum Beispiel gewannen sie alle sieben Sitze (Kapiszewski 2006: 469). Die Verlierer beschuldigten sie daraufhin zu Recht der Formierung einer islamistischen Allianz, der Nutzung von Propaganda des religiösen Establishments und des verbotenen Wahlkampfes in Moscheen (MacFarquhar 2005). Dieses Wahlergebnis wiederholte sich auch bei den beiden weiteren Wahlterminen. Wenig überraschend gewannen auch in Mekka und Medina die Islamisten alle Sitze. Selbst in Jeddah, der liberalsten saudischen Stadt, wurden alle sieben Sitze durch Kandidaten errungen, die auf der sogenannten „Goldenen Liste“ auftauchten, einer Liste, auf der konservative religiöse Führer ihre Favoriten unter den Kandidaten benannten (Kapiszewski 2006: 469f). In anderen Regionen brachten die Wahlen aber auch die lang erhoffte politische Partizipation von Minderheiten. Im Osten des Landes wurde so erstmals in der Geschichte Saudi-Aubiens den Schiiten ein kleines Maß an politischer Macht übertragen (Wilson 2005b).

Auch wenn Saudi-Arabien Lob von US-Präsident Bush erhalten hat,³⁰ darf nicht vergessen werden, dass diese Wahlen keinen demokratischen Durchbruch bedeuten. Die Gewählten haben nur regionalen Einfluss und können bei Bedarf durch die vom Königshaus eingesetzten Vertreter eingedämmt werden (Nonneman 2006: 29). Gleichwohl stellten sich große Teile des saudischen Klerus und Teile der Königsfamilie grundsätzlich gegen die Wahlen,³¹ da Wahlen generell unislamisch seien (International Crisis Group 2004:

29 Leider kann auf Grund der veröffentlichten Wahlergebnisse nicht geklärt werden, welche Wahlkreise von liberalen Islamisten, konservativen Islamisten oder salafistische Jihadisten gewonnen wurden.

30 „[T]he United States applauds the recently held elections in the Kingdom [of Saudi Arabia] [...] and looks for even wider participation in accordance with the Kingdom's reform program“ (Prados/Blanchard 2006: 21).

31 Die Position des Klerus zu Wahlen ist heterogen. Er kritisiert Wahlen, wenn jedoch Wahlen stattfinden, beziehen die Geistlichen klare Position für Kandidaten. Dies verdeutlicht die „Goldene Liste“, anstatt die

23). Weder Koran noch Sunna sähen derartige Formen der Willensbekundung vor. Auch der „Nationale Dialog“ sei ein überflüssiges Unterfangen, weil nur der religiöse Diskurs zur Wahrheit führe. Wenn also bereits ein perfektes Instrument vorliege, warum dann der Rückgriff auf ein unvollkommenes (International Crisis Group 2004: 23)? Viele dieser Geistlichen begrüßten deshalb auch das Vorgehen von Innenminister Nayef,³² der sehr deutlich sein Missfallen zu verstehen gab: „Wir können Wahlen abhalten und sie fälschen wie andere arabische Länder“ (Al-Ahmed/Shirreff 2004: 53-57), provozierte er im Dezember 2003, zwei Monate nach der Ankündigung der Wahlen durch seinen Halbbruder Abdullah. Der konservative und gefürchtete Nayef hat aber nicht nur zum Thema Reform eine konträre Meinung, sondern auch in Bezug auf den Generationswechsel innerhalb der Al-Sauds stößt Abdullah auf Gegenwind in der Familie.

Abdullah hat innerhalb der Familie eine eher schwache Position. Er hat keine leiblichen Brüder³³ und wird somit im Gegensatz zu den „Sudairi Sieben“ nicht automatisch von mächtigen Teilen der Familie unterstützt.³⁴ Auf der anderen Seite wird Abdullah von den einflussreichen Söhnen des ehemaligen Königs Faisal unterstützt, deren Verhältnis zu den Sudairi nicht das Beste sein soll. Die Söhne Faisals gelten als religiös konservativ und gleichzeitig reformorientiert³⁵ und profitieren von dem immer noch hohen Ansehen ihres Vaters.

Als besonders kritisch wird das Verhältnis des Königs zu seinem Halbbruder Nayef beschrieben, er kritisiere an Abdullah seine zu liberale Politik, während der Innenminister sich auf Seiten des Klerus verortet. Ob die Macht des Klerus eingeschränkt werden soll, gilt als der strittige Punkt zwischen den beiden Halbbrüdern und ihren Lagern (Doran 2004).

Wohl auf Grund seiner fragilen Position innerhalb der Familie entschied sich Abdullah, die Frage des Generationswechsels nicht selbst durch die Wahl des Kronprinzen zu bestimmen. Er erließ weitgehend unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit im Oktober 2006 per Dekret ein Gesetz zur Einrichtung eines Loyalitätsrates. Das Gremium soll

Wahlen zu boykottiert, haben sich Geistliche aktiv dafür eingesetzt, dass die von ihnen präferierten Kandidaten gewinnen.

- 32 Prinz Nayef erließ sogar ein Verbot, das Wort Reform (*Islah*) in der öffentlichen Debatte zu gebrauchen; er bevorzugt den Begriff „Entwicklung“ (*at-tanmiya*) (Abou-Taam/Khalatbari 2006: 125).
- 33 Abdullah ist das erste von drei Kindern und der einzige Sohn von Staatsgründer Ibn Saud und seiner achten Frau Fahda Bint Asi al-Shuraym. (Flottau 2007: 21).
- 34 Abdullahs Stärke basiert auf zwei Pfeilern. Erstens ist Abdullah im Najd überaus populär, da er gute Beziehungen zu den Stämmen unterhält und für seine Frömmigkeit bekannt ist. Zweitens kommandiert er seit 1963 die Nationalgarde, und da diese mit 35.000 bis 45.000 Mann fast so groß wie das Heer ist und hauptsächlich aus Angehörigen der ehemaligen Beduinenstämme besteht, verfügt er über eine starke Hausmacht (Steinberg 2003: 11).
- 35 Der Außenminister Saud Al-Faisal vertritt die Ansicht, dass Saudi-Arabien „has reached a stage in [its] development that requires expanding political participation.“ Auch Turki al-Faisal betont, dass „reforming the Kingdom is not a choice, it is a necessity“ (Jones 2003).

fortan die Nachfolgefrage innerhalb der Saud-Dynastie regeln und den Machterhalt des Hauses auf absehbare Zukunft sichern (Flottau 2007: 20f).

Als mögliche Nachfolger für Kronprinz Sultan werden sowohl jüngere Prinzen aus der Gruppe der Söhne als auch Prinzen aus der Generation der Enkel in Betracht gezogen. Der Sohn König Fahds, Muhammad (*1950), der Gouverneur der Provinz Asir am Roten Meer, Khalid bin Sultan (*1949) und Außenminister Saud bin Faisal (*1940) werden als aussichtsreiche Kandidaten gehandelt. Aber auch eine Machtübernahme durch einen jüngeren Sohn, wie zum Beispiel Salman (*1938), Gouverneur von Riad, ist möglich. Weniger aussichtsreich sind die Positionen der beiden ehemaligen saudischen Botschafter in Washington, Bandar bin Sultan (*1949) und Turki bin Faisal (*1945).³⁶ Sicherlich wird es für die jungen Prinzen nicht einfach werden, sich innerhalb des Herrscherhauses durchzusetzen, denn es ist nur schwer vorstellbar, dass die älteren Brüder, wie zum Beispiel Innenminister Nayef, tatsächlich zu einem Verzicht auf ihre eigenen Ansprüche bereit wären.

In der Innenpolitik Saudi-Arabiens hat sich durch die Reform ein erkennbarer Wandel vollzogen. Dass die harte Terrorismusbekämpfung zu Erfolgen geführt hat, zeigt sich durch den Rückgang der Anschläge seit 2005.

Die von Abdulah forcierten Reformen werden den Forderungen der Petitionsteller auf minimalem Niveau gerecht. Zwar wurden im „Nationalen Dialog“ nur vom Königshaus genehmigte Themen angesprochen, aber durch die Mitwirkung sowohl von Schiiten als auch von Frauen an diesem Diskussionsforum kam es zu einer neuen Form der Meinungsäußerung von diskriminierten Gruppen. Auch wenn die Wahlen befremdliche Züge hatten, sind sie dennoch als erster Schritt hin zu einer Liberalisierung zu werten, die von außen betrachtet klein erscheint, aber aus saudischer Perspektive von enormem Ausmaß ist. Dem Herrscherhaus ist es mit den Wahlen und dem Diskussionsforum des „Nationalen Dialogs“ gelungen, der Öffentlichkeit Wandel zu demonstrieren ohne relevante Privilegien der Macht abzutreten. Die Reformen dienen somit der innenpolitischen Stabilisierung des Regimes und lenken durch minimale Liberalisierung vom deutlichen Partizipationsdefizit der Bürger ab.

Ein Anzeichen für den bewussten Einsatz von Reformen zur Stabilisierung des autokratischen Regimes ist das Stocken des Reformprozesses seit 2005. Die Ausweitung der politischen Partizipation im Konsultativrat lässt auf sich warten. Der offizielle Grund hierfür ist der aktuelle außenpolitische Fokus der saudischen Herrscher. Da sich Abdullah dem Iran entgegenstelle, müsse er seine Reformpolitik unterbrechen (Khoudry 2007: 7). Viel realistischer ist jedoch, dass das Voranschreiten der Reformen die Stabilität des auto-

36 Als Sohn einer sudanesischen Sklavin scheint Bandar für die Thronfolge inakzeptabel zu sein, auch wenn seine Heirat mit einer Tochter des ehemaligen Königs Faisal seine Position gestärkt haben könnte (Steinberg 2003: 13). Gegen Turki sprechen seine möglichen Kontakte zu Osama bin Laden, seine plötzliche Ablösung nach dem 11. September 2001 als Direktor des Auslandsgeheimdienstes und sein ebenso plötzlicher wie unklarer Abgang aus Washington.

kratischen Regimes gefährden würde, da bei erhöhter Partizipation des Volkes der Monarch womöglich relevante Bereiche der politischen Macht abtreten müsste.

4.3 Ökonomische Probleme erkannt, Gefahr gebannt?

Saudi-Arabien durchlebt seit 2003 – getragen vom Ölpreis – eine Zeit anhaltend starken Wirtschaftswachstums. Es betrug 2004 beachtliche 5,3 % und wurde 2005 sogar noch auf 6,6 % gesteigert. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Haushalt wider. Während im Haushaltsjahr 2002 das Haushaltsdefizit 5,3 Milliarden US-Dollar entsprach, werden seit 2003 Überschüsse erwirtschaftet. 2004 betrug der Haushaltsüberschuss 26,2 Milliarden US-Dollar und vergrößerte sich 2005 auf 57,1 Milliarden US-Dollar. Seit 2003 wird der Überschuss zu einem signifikanten Teil zur Schuldentilgung verwendet (Länder und Märkte 2007). Die Entschuldung Saudi-Arabiens ist ein starkes Anliegen von Abdullah. Er setzte durch, dass 60 % der Überschüsse in die Schuldentilgung fließen sollen (Länder und Märkte 2004).

Die saudische Regierung muss erhebliche Anstrengungen unternehmen, damit der Ausbau der Infrastruktur und das Schaffen von Arbeitsplätzen mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält. Primäres Reformziel ist es daher, Arbeitsplätze zu schaffen, den Privatsektor zu fördern, die erforderlichen Infrastrukturinvestitionen zu beschleunigen und das Land gegenüber dem Weltmarkt weiter zu öffnen.

Dem Ausbau der Infrastruktur kann Saudi-Arabien aufgrund der hohen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft gut nachkommen. Ein größeres Problem ist die Arbeitsmarktpolitik. Nachdem man 2005 erkannte, dass die ersten Versuche einer Saudisierung nicht erfolgreich verlaufen waren, trat am 23. April 2006 ein neues Arbeitsgesetz in Kraft. Ziel ist es, die sechs Millionen Gastarbeiter zunehmend durch Saudis zu ersetzen. Die Unternehmen sind verpflichtet, ihren Anteil an saudi-arabischen Arbeitskräften auf 75 % zu erhöhen. Eine strikte Visapolitik begleitet dieses Programm. So soll die Zahl der Visa für ausländische Arbeitnehmer erheblich – um 100.000 Visa jährlich – reduziert werden. Dieses Programm stößt auf große Vorbehalte bei ausländischen wie inländischen Unternehmern. Es erweist sich, dass Defizite des Bildungssystems nicht durch zwangsweise Saudisierung und durch eine strengere Visapolitik aus der Welt geschaffen werden können (Länder und Märkte 2007).

Doch das neue Arbeitsgesetz hat auch positive Auswirkungen. Es stärkt die Rechte der Gastarbeiter. Arbeitgeber sind zu schriftlichen Arbeitsverträgen sowie zur Übernahme sämtlicher Kosten der Ein- und Ausreise und zur Gewährung von Urlaub verpflichtet. Andererseits sieht das Gesetz auch eine Ausbildungsverpflichtung der Betriebe vor, um die Quote einheimischer Arbeitskräfte zu erhöhen. Ferner wird den Frauen das Recht auf Beschäftigung in allen Bereichen eingeräumt, „die zu ihrer Natur passen“. Sie sollen nachts nicht arbeiten, haben Anspruch auf Mutterschutz und in größeren Betrieben (ab 50 Mitarbeiter) auf Tagesmütter oder sogar (ab 100 Mitarbeiter) auf einen Kindergarten. Die Umsetzung dieser Regelung gestaltet sich jedoch schwierig: Die Religionspolizei behindert die Einstellung von Frauen; die Geschlechtertrennung muss am Arbeitsplatz eingehalten werden; und das Autofahrverbot für Frauen wirft Transportprobleme auf. So

stellen Frauen nur 10,7 % der saudi-arabischen bzw. 4 % der Beschäftigten insgesamt, obwohl sie inzwischen mehr Hochschulabschlüsse als Männer erwerben. Faktisch sind sie nach wie vor auf die Bereiche Erziehung, soziale Dienste, Gesundheit und Medien beschränkt.

Neben dem Arbeitsgesetz wurde ein umfassendes Kapitalmarktgesetz auf den Weg gebracht. Der Staat will seine wirtschaftliche Macht partiell in private Hände übergeben. Die Regierung will in den nächsten zehn Jahren Staatsunternehmen und Institutionen im Wert von 800 Milliarden US-Dollar veräußern (AMEInfo 2005). Jedoch verläuft das Privatisierungsprogramm noch zu schleppend. Schlüsselsektoren wie die staatliche Ölfirma Aramco und die „Saudi Arabian Basic Industries Corporation“ (SABIC) sind nach wie vor zum überwiegenden Teil in staatlicher Hand, ebenso wie die größte Bank des Landes, die National Commercial Bank (Länder und Märkte 2007).

Zwar hat Saudi-Arabien im Jahr 2005 mehr als 40 Gesetze erlassen, die das Land für Handel und ausländische Investitionen weiter öffnen sollten, aber der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach Saudi-Arabien bleibt – von Ausnahmen im petrochemischen Bereich, in der Kommunikationswirtschaft und bei der Gasförderung abgesehen³⁷ – im internationalen Vergleich bescheiden. Saudi-arabische Investoren sind nach wie vor in enormem Umfang auf die Mitarbeit westlicher Fachkräfte angewiesen (Nüsse 2006a).

Der größte Schritt auf dem Weg zu Wirtschaftsreformen war eindeutig der Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO). Saudi-Arabien trat am 11. Dezember 2005 als 149. Mitglied der WTO bei. Seit dem saudi-arabischen Antrag (1993) waren zwölf Jahre verstrichen. In dieser Zeit hat sich die saudische Wirtschaft den internationalen Handelsregeln Schritt für Schritt angepasst, so dass der Beitritt selbst keine großen Änderungen mehr erforderte. Zollsätze wurden gesenkt, Einfuhren erleichtert, Investitionsbedingungen verbessert und der Schutz geistigen Eigentums gestärkt. Saudi-Arabien schloss im Laufe der Beitrittsverhandlungen 38 bilaterale Handelsverträge mit seinen Handelspartnern (den letzten und wichtigsten im September 2005 mit den USA)³⁸ sowie Zollunionsverträge mit der Arabischen Liga und dem Golfkooperationsrat ab. Darüber hinaus erließ es 42 neue Handelsgesetze und schuf neun neue Regulierungsbehörden. Um die Zustimmung aller

37 In einigen Bereichen ist die Deregulierung bereits fortgeschritten, besonders die Einführung von Wettbewerb auf dem wichtigen Telekommunikationsmarkt ist hier zu nennen. So betreibt die emiratische Telekom Etisalat in Saudi-Arabien seit 2006 das zweite nationale Mobilfunknetz. Die Elektrizitäts- und Wassererzeugung ist für ausländisches Engagement geöffnet worden und neue Eisenbahnverbindungen werden ebenfalls als Betreibermodelle ausgeschrieben. Ausländische Banken operieren bereits im Königreich – die Deutsche Bank machte Ende 2003 den Anfang als erstes westliches Institut mit einer Banklizenz – und die IT-Industrie wird von der Abschaffung sämtlicher Zölle auf Rechner, Halbleiter und andere IT-Produkte bis Anfang 2008 profitieren (Glosauer 2006).

38 Die USA koppelten ihre Zustimmung für einen Beitritt an Unterstützung im Terrorkampf und an eine Normalisierung im Verhältnis zu Israel. Saudi-Arabien sollte seine Bereitschaft zur Aufnahme politischer Beziehungen mit Israel erklären bzw. sich vom Boykott der Arabischen Liga gegenüber Israel distanzieren. Vor diesem Hintergrund waren die Anfang 2005 begonnenen bilateralen Verhandlungen so vorbelastet, dass sie fünf Monate dauerten. Zu ihrem erfolgreichen Abschluss trug sicherlich die Erklärung der Saudis bei, sich im Umgang mit Israel strikt an die WTO-Regeln zu halten (Fürting 2006: 6).

148 Mitglieder einzuholen, führte Saudi-Arabien 314 bilaterale Verhandlungen und produzierte 7.000 Seiten Dokumente, zumeist als Antwort auf insgesamt 3.400 Anfragen und Klarstellungsersuche (Fürtig 2006: 5).

Die Zugeständnisse sind weitreichend und werden die saudi-arabische Unternehmenslandschaft erheblich verändern. Während sich das Königreich im Warenhandel mit einigen Einschränkungen als vergleichsweise offener Markt mit moderaten Zollschränken präsentiert, wird vor allem der Dienstleistungssektor von den Reformen betroffen sein. In dem mit den USA unterschriebenen Beitrittsabkommen verpflichtet sich Riad auf einen durchschnittlichen Zollsatz von 3,2 % auf Industriewaren. Auf einige wichtige Warengruppen werden die Zollsätze noch weiter gesenkt. Bei den Dienstleistungen führt dies zur Öffnung u.a. der Bereiche Banken und Versicherungen, Medien, Telekommunikation, Energie, Kurierdienste und Bauwirtschaft (Länder und Märkte 2005). Insgesamt hat Saudi-Arabien gut verhandelt und konnte seine wichtigsten Punkte durchsetzen: Beibehaltung des doppelten Gaspreises (im Inland wird ein niedrigerer Preis als im Ausland verlangt) und die Beibehaltung der religiös gebotenen Importverbote (Alkohol, Drogen, Geldspielautomaten und Schweinefleisch). Auch sein Recht auf Saudisierung hat sich Riad verbrieft lassen (Länder und Märkte 2007).

Erster Erfolg des WTO-Beitritts ist die Erhöhung der Auslandsinvestitionen in Saudi-Arabien. Das Investitionsvolumen stieg 2006 auf 18,3 Milliarden US-Dollar, immerhin ein Plus von 51 % im Vergleich zu 2005 (Sagia 2007).

Kurzfristig konnte der hohe Ölpreis seit 2003 dazu beitragen die finanzielle und ökonomische Krise zu überwinden. Um auch weiterhin notwendige Investitionen finanzieren zu können, setzt Abdullah neben den langfristig angelegten Reformen auch in Zukunft auf steigende Gewinne aus dem Ölgeschäft. 80 Milliarden US-Dollar sollen in den Ausbau der Produktionskapazität gesteckt werden. Bis 2009 soll die tägliche Ölförderung von Aramco von derzeit 9 auf 12,5 Millionen Barrel steigen.³⁹ Doch steigende Gewinne durch erhöhte Produktionskapazität können ebenso wenig wie ein steigender Ölpreis die langfristigen Strukturprobleme der saudischen Wirtschaft lösen. Die Reform des Arbeitsmarkts und die Privatisierungsmaßnahmen sind erste Schritte zur Stabilisierung und Liberalisierung der saudischen Wirtschaft, aber um ihre Macht zu stabilisieren, müssen die Machthaber weitere alternative Einnahmequellen finden, da die Ölgewinne allein auf Dauer nicht ausreichen um den steigenden Bedürfnisse des Volks gerecht zu werden.

4.4 Weniger Tabus in einer tabuisierten Gesellschaft

Es ist schwer einzuschätzen, wie gravierend die sozialen Probleme tatsächlich sind. Es gibt keine detaillierten Statistiken und keine Gewerkschaftsbewegung; die Sozialwissenschaft steckt in den Kinderschuhen. Aber es gibt Tendenzen, dass die saudische Gesellschaft allmählich an Transparenz gewinnt. Seit einigen Jahren, und verstärkt seit der Thronbe-

39 „Ein östliches Mekka für westliche Anleger“, in: Handelszeitung, 14.2.2007.

steigung von König Abdullah am 1. August 2005, berichten die Tageszeitungen regelmäßig über gesellschaftliche Themen wie Arbeitslosigkeit, Armut, Prostitution und Drogen. Sogar Aids ist kein Tabuthema mehr: Am 1. Dezember 2005, dem Welt-Aids-Tag, wurden in Dschidda aus Krankenwagen Handzettel zur Aufklärung über die Immunschwäche verteilt (Gresh 2006: 6).

Auch Themen wie Gewalt in der Ehe werden diskutiert. In einem Report der saudischen Vereinigung für Menschenrechte heißt es, dass von den 5.000 Übergriffen, die ihr zur Kenntnis gebracht wurden, 30 Prozent Gewalt in der Ehe waren – das darf inzwischen auch in der Presse gesagt werden (Gresh 2006: 6). Eine Verbesserung der Pressefreiheit ist zu verzeichnen. Es darf offener über Fehlentwicklungen berichtet und eine breit angelegte Reformdiskussion geführt werden (Frefel 2006a).

Zur Buchmesse im Februar 2006 in Riad gab es begleitende Debatten über Auswirkungen der Zensur und über Toleranz anderen Religionen und Kulturen gegenüber. Außerdem ließ Abdullah extra zu diesem Anlass ein kontroverses Kulturprogramm auf die Beine stellen, in dem Medienzensur ebenso diskutiert wurde wie die Auswirkungen des Beitritts zur Welthandelsorganisation auf die saudische Kultur. Ferner hat der Monarch das erste Kulturministerium in der Geschichte des religiös-konservativen Landes eingerichtet (Nüsse 2006b). Die drei umstrittensten Bereiche der saudischen Gesellschaft (Menschenrechte, Rechte der Frau und Bildung) sind immer noch im Vergleich zu westlichen Standards als kritikwürdig einzustufen, aber selbst in diesen Bereichen sind erste positive Veränderungen zu erkennen.

Auch wenn Innenminister Nayef jegliche Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien als „grundlos“ bezeichnet (El-Gawhary 2003: 10), werden Folter und harsche Körperstrafen von internationalen Menschenrechtsorganisationen regelmäßig angeprangert. Im ersten Halbjahr 2005 gab es im Königreich mit über 88 vollstreckten Todesurteilen gar einen neuen Rekord (Lau 2007: 3). Polizeiliche Folter und erzwungene Geständnisse werden in den Berichten der Menschenrechtsorganisationen immer wieder angeführt. Weiterhin wird kritisiert, dass die Ausübung aller Religionen außer dem Islam wie auch der Import religiöser Symbole und Bücher verboten ist. Auch die fehlende Gleichstellung der Frauen und Ausländer schlägt sich in den Berichten nieder (Steinberg 2003: 48). Doch erste Schritte hin zu einer langsamen Öffnung sind als positive Zeichen zu werten. Im Oktober 2002 besuchte erstmals ein Berichterstatter der UNO-Menschenrechtskommission die saudische Hauptstadt. Im Januar 2003 folgte außerdem eine Delegation der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch und führte Gespräche mit mehreren Ministern. Im Februar 2004 und im Oktober 2005 wurde Human Rights Watch sogar der Zugang zu saudischen Gefängnissen gestattet (Kapiszewski 2006: 471). Im Frühjahr 2003 gründete sich die erste saudische Menschenrechtsorganisation (Kechichian 2003: 111). Auch wenn dies noch keine substantiellen Fortschritte bedeutet, sind die Besuche doch ein positives Zeichen der saudischen Regierung. Sichtbare Fortschritte gab es auch bei den Frauenrechten.

Im November 2001 erhielten saudische Frauen erstmals eigene Personalausweise, „to combat fraud and forgery“ (Kechichian 2004: 48), wie Innenminister Nayef sagte. Aber selbst dies war mit Restriktionen verbunden: Antragstellerinnen benötigten eine schriftli-

che Genehmigung ihres Vormundes und, wenn vorhanden, ihres Arbeitgebers, und die Regierung betonte auf Grund heftigen Widerstands konservativer Kreise, dass diese nicht flächendeckend eingeführt würden. 2002 nahmen Frauen erstmals offen am jährlichen Wirtschaftsforum in Jidda teil, nur durch eine Zwischenwand von ihren männlichen Kollegen getrennt. Auch im Konsultativrat nehmen sie mittlerweile in beratender Funktion teil, wenn frauenspezifische Fragen wie beispielsweise die hohen Heiratskosten erörtert werden (Steinberg 2003: 50). Seit 2004 haben sogar zwei Frauen feste Sitze im Konsultativrat, und Außenminister Saud betonte, dass erstmals Frauen im Außenministerium beschäftigt würden (Zuhur 2005: 34). Auch politisch werden Frauen mehr Rechte zugesagt. Prinz Turki bin Faisal versprach in Bezug auf Wahlen: „Das nächste Mal sind die Frauen dabei“ (Chimelli 2005: 1).

Frauen stellen mittlerweile die Mehrheit der Studierenden im Königreich und erzielen im Durchschnitt bessere Ergebnisse als ihre männlichen Kollegen. Frauen verfügen zudem – da sie eingeschränkt erbberechtigt sind und im Scheidungsfall Unterhaltszahlungen verlangen können – über bis zu 25 % des saudischen Privatkapitals (Steinberg 2003: 50).

Doch schon diese Schritte zu mehr Emanzipation werden vom Klerus argwöhnisch betrachtet. Konservative Kleriker verteilten in den Moscheen Schriften gegen die elementarsten Frauenrechte (El-Gawhary 2005: 4).

Einen der größten Fortschritte erzielten die Frauen nach einem tragischen Unfall in einer Mädchenschule in Mekka. Als am 11. März 2002 in der Schule ein Feuer ausbrach, starben 15 Schülerinnen. In der saudischen Presse berichteten Augenzeugen: Angehörige der Religionspolizei hätten Mädchen am Verlassen des brennenden Gebäudes gehindert, weil es die Mädchen in ihrer Panik versäumt hatten, sich ihre Abayas, das sind schwarze Umhänge, die mit einem ebenfalls schwarzen Kopftuch und einem Gesichtsschleier getragen werden, anzulegen. Die Notausgänge wurden versperrt und die restlichen Ausgänge von der Religionspolizei überwacht. Darüber hinaus befanden sich 800 Mädchen in der für 250 Schülerinnen ausgelegten Schule. Es gab weder Rauchmelder noch Notausgänge (Gresh 2002: 14f).

Wenige Stunden später reagierte das Königshaus: Auf Vorschlag von Kronprinz Abdullah hatte König Fahd das „Amt für das Schulwesen der Mädchen“ in das Bildungsministerium eingegliedert und dessen Leiter entlassen (SAIS Review 2002: 207). Somit entzog er die Erziehung der Mädchen der bisher durch den Ältestenrat der islamischen Gelehrten dominierten Institution.

Aber auch im Allgemeinen bemühte sich die Regierung um eine Reform des Bildungssystems. Zwischen 2002 und 2005 unternahm das Bildungsministerium einige Reformschritte, um extremistische Ideen aus dem Lehrplan zu entfernen und eine Balance zwischen religiösen und nicht-religiösen Themen zu erreichen. 2002 wurden Diskriminierungen von Shiiten und Nicht-Muslimen aus den Lehrbüchern entfernt und durch Passagen ersetzt, die zum Respekt fremder Kulturen und Religionen aufrufen. 2003 und 2004 wurde der Lehrplan für Mädchen und Jungen im Bereich der nicht-religiösen Fächer aufeinander abgestimmt. Außerdem sprach sich der liberale Bildungsminister Muhammad al-Rashid 2004 für die Einführung des Englischunterrichts in den Grundschulen aus.

All diese Schritte wurden vom wahhabitischen Klerus vehement abgelehnt. Besonders der gemeinsame Lehrplan für beide Geschlechter und die steigende Stundenzahl für nicht-religiöse Fächer waren ihnen ein Dorn im Auge. Als 156 wahhabitische Gelehrte im Frühjahr 2004 eine Petition gegen die Bildungsreformen einreichten, verhinderte dies weitere Reformschritte der Regierung. 2005 gelang es dem Klerus, den liberalen Bildungsminister auf Grund einer Verleumdung aus dem Kabinett zu verweisen und an seiner statt den ultrakonservativen Abdullah Salih-al Ubaid einzusetzen (Hamzawy 2006: 14).

Der anhaltende Kampf zwischen Traditionalisten und Modernisierern ist der Bremsklotz des gesellschaftlichen Liberalisierungsprozesses. Zu grausame Strafen, Frauenrechte und Bildung sind heiß umkämpfte Themen zwischen den Blöcken. Auch wenn positive Veränderungen zu vermelden sind, der starke Einfluss des wahhabitischen Klerus auf die gesellschaftlichen Strukturen hemmt die beginnende Liberalisierung der saudischen Gesellschaft. Die unterschiedlichen Perspektiven der Traditionalisten und der Modernisierer auf die saudische Gesellschaft werden auch in Zukunft für Reibungspunkte sorgen. Denn gerade der Zwiespalt zwischen technologischer Moderne und konservativen religiösen Werten bestimmt die saudische Gesellschaft, ist aber auch die unberechenbarste Größe für das Herrscherhaus und birgt die größte Gefahr für Instabilität.

5. Fazit

Abschließend soll dargestellt werden, welche Bedeutung und Tragweite der saudische Reformprozess für die herrschende Elite, für die saudischen Bürger und für den Westen besitzt.

Aus Sicht des Königshauses ging es vordringlich darum, die Reformen zur Regimestabilisierung zu nutzen. Der außenpolitische Druck nach dem 11. September und die Petitionen 2003/04 forderten zügige Handlungen des Königshauses. Ziel war es, die absolute Monarchie der Al-Sauds zu erhalten und sowohl einen möglichen Regimewechsel von außen als auch einen Putsch von innen zu verhindern. Die Chance lag für den Regenten darin, sich auf kleine Teile der Forderungen beider Seiten einzulassen. Das Königshaus wollte also Saudi-Arabien nicht „von oben [...] demokratisieren“ (Lüders 2007: 9), wie es im Westen fälschlich dargestellt wird. Vielmehr wurde nur soviel an Veränderung zugelassen, wie nötig war, um sowohl die außen- als auch die innenpolitischen Forderungen minimal zu erfüllen. König Abdullah ist demnach auch kein demokratischer Reformier, sondern eine autokratischer Modernisierer. Er hat kein Interesse an Struktur verändernden Reformen, die eine Umverteilung von Macht mit sich bringen würden. Seine Taktik der partiellen Liberalisierung diente vielmehr der Stabilisierung der Macht seiner Familie und dem Erhalt des Regimes.

Vor den Reformen war, wie die Brisanz der Reformauslöser verdeutlichte, das Regime sehr viel schwächer als nach den Reformen. Wie sich aus der Auswertung ergibt, stellt die langsam voranschreitende Liberalisierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bisher keinen destabilisierenden Faktor für die Macht der Königsfamilie dar. Insofern hat König Abdullah sein Stabilisierungsziel bis auf weiteres erreicht.

Ungeachtet dessen brachten die Reformen für das Volk gewaltige Veränderungen mit sich. Auch wenn die Forderungen der Petitionen nur zu kleinen Teilen umgesetzt wurden, haben schon diese kleinen politischen Reformschritte, die 2005 in den ersten lokalen Wahlen gipfelten, spürbare Auswirkungen für die saudischen Bürger. Das erste Mal seit der Staatsgründung durften wenigstens die männlichen Staatsbürger ihre Stimme abgeben und einen Repräsentanten ihrer Sache wählen. Dies bedeutet für die saudische Gesellschaft, die seit 1932 nahezu gar keine Rechte besaß, einen deutlichen Fortschritt. Dasselbe gilt für das Forum des „Nationalen Dialogs“ als erste institutionelle Form der Meinungsäußerung, für die erhöhte Pressefreiheit, die Verbesserung des Bildungsangebots und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Somit kann zwar nach dem Demokratisierungsmodell von O'Donnell und Schmitter (1986) von einer Liberalisierung des saudischen Regimes ausgegangen werden. Aber anders als es das Modell vermuten ließe, wird auf die Liberalisierung nicht so bald eine Demokratisierung folgen. Dies schmälert aus Perspektive des Volkes nicht die Relevanz dieser Schritte.

Für die westlichen Beobachter zeigte sich die Politik des autokratischen Wüstenkönigreichs seit 2001 als in kleinen Schritten wandlungsfähig. Die Reaktionen haben verdeutlicht, dass sich das Land, wenn der externe und interne Reformdruck destabilisierender ist als die Reformen selbst, langsam zu Veränderungen bewegen lässt. Die Politik des Westens sollte aber immer die folgenden drei Zukunfts-Szenarien im Hinterkopf behalten.

Szenario 1: Die Herrscherfamilie verliert an Macht und ein Machtvakuum entsteht. Sollte die Königsfamilie durch einen Bruderkrieg, den Aufstieg einer radikalen Gruppe oder durch Eingreifen eines externen Akteurs an Macht verlieren, droht Saudi-Arabien seine Stabilität zu verlieren. Wie die Beispiele Afghanistan und Irak verdeutlichen, könnte der Wegfall der autokratischen Regierung Saudi-Arabien zu einem „failed state“ werden lassen. Sollten die Al-Sauds an Macht verlieren, besteht in Saudi-Arabien die Gefahr, dass große Teile des Landes zu „unregierbaren Gebieten“ werden. Hinzu kommt, dass keine oppositionelle Gruppe so stark ist, die Staatsgewalt vollends übernehmen zu können. Sollte die Königsfamilie an Macht verlieren, würde ein Kampf zwischen den islamischen Oppositionslagern um die Macht beginnen, der möglicherweise in einem Bürgerkrieg endet.

Szenario 2: Die konservativen Teile der Königsfamilie setzen sich im Kampf um die Nachfolge durch. Da sowohl König als auch Kronprinz über 80 sind, wird sich in naher Zukunft entscheiden, welche Teile der Familie den Kampf um den Thron für sich entscheiden werden. Sollte Innenminister Nayef oder einer seiner Verbündeten den Thron besteigen, werden diese eine sehr viel stärker am Wahhabismus ausgerichtete Politik betreiben. Da der konservative Teil der Familie die Petitionen und die daraus resultierenden Wahlen ebenso wie die aufkeimende Liberalisierung heftig kritisierten, würde von ihnen keine weitere Tendenz zur Öffnung des Regimes zu erwarten sein. Frauenrechte und Bildung würden mehr vom Klerus beeinflusst werden und dies hätte zur Folge, dass der bereits vollzogene positive Wandel wieder rückgängig gemacht würde.

Szenario 3: Die Modernisierer in der Königsfamilie setzen sich im Kampf um die Nachfolge durch. König Abdullah bemüht sich mit Kräften, den Generationswechsel in der Königsfamilie zu Gunsten der Modernisierer zu beeinflussen. Sollte ihm dies gelingen, wäre davon auszugehen, dass die bisher erreichten Veränderungen beibehalten, wenn nicht

sogar ausgebaut würden. Frauenwahlrecht, ein Ausbau der nicht religiösen Bildungsangebote, Erhöhung der Pressefreiheit und weitere Besuche von Menschenrechtsorganisationen sind nur möglich, wenn dieser König weiterhin, und seine Nachfolger in Zukunft, die Modernisierung Saudi-Arabiens propagieren. Nur wenn sich im Kampf um die Macht die gemäßigten Teile der Königsfamilie durchsetzen, wäre es dem Westen möglich, sich für Wahlen zum Konsultativrat stark zumachen. Nur unter einem fortschrittlichen Monarchen wäre es denkbar, dass der Konsultativrat seine parlamentarische Funktion und später möglicherweise sogar seine legislative Kraft ausbauen könnte. Denn vergleicht man Saudi-Arabien mit anderen Golf-Monarchien, so erkennt man, dass die kleinen Nachbarn diesen Schritt schon vollzogen haben. Im Oman finden regelmäßig Wahlen zur Beratenden Versammlung statt, in Kuwait gibt es seit 1963 ein partiell gewähltes Parlament mit weitgehenden legislativen Befugnissen und in Bahrain wird der Bevölkerung eine durch ein Zweikammersystem begrenzte Teilhabe am legislativen Prozess gestattet. Zwar kann man in keinem der Staaten von einer Demokratie sprechen, aber es ist dennoch erkennbar, dass die kleinen Golf-Monarchien im Vergleich zu Saudi-Arabien ihren Bürgern mehr Partizipation ermöglichen.

Wie diese Szenarien verdeutlichen, sollte der Westen die gemäßigten Teile der Monarchenfamilie unterstützen, ohne dabei die Stabilität des Landes zu gefährden. Neben verbalem Reform-, Modernisierungs- und Liberalisierungsdruck, sollten durch gesellschaftliche Annäherungsprozesse, nach dem Prinzip „Wandel durch Austausch“, Anreize für eine Öffnung der opaken Strukturen geschaffen werden. Denn nur so ist es möglich, ein Fortschreiten der Liberalisierung zu erreichen, ohne einen zweiten Irak zu produzieren. Demokratie wird dabei allerdings bis auf weiteres nicht auf der Agenda stehen.

6. Literatur

- Abou-Taam, Marwan/Khalatbari, Babak* 2006: Das saudische Königreich nach dem Wechsel, in: Konrad-Adenauer-Auslandsinformationen 5/2006, 106-128.
- Al-Ahmed, Ali/Shirreff, Jamie* 2004: Saudi-Arabiens politische Zukunft, in: Internationale Politik 8/2004, 53-57.
- Alterman, Jon* 2003: Not in my Backyard: Iraq's Neighbors' Interests, in: The Washington Quarterly, Summer, 26: 3, S. 149-160.
- AMEInfo* 2005: Saudi Privatisation Get into Top Gear, 26.5.2005, in: www.ameinfo.com/61050.html, 5.10.2007.
- Amnesty International Deutschland* 2004: Drohende Abschiebung, Drohende Folter, in: www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/dd7afaeefabc66f4c1256e5500681b70?OpenDocument; 14.7.2007.
- Asseburg, Muriel* 2005: Demokratieförderung in der arabischen Welt – hat der partnerschaftliche Ansatz der Europäer versagt?, in: Orient, 46: 2, 272-290.
- Avenarius, Thomas* 2007: Die gefährliche Makelei des Königs. Abdullah von Saudi-Arabien instrumentalisiert den religiösen Konflikt zum Machterhalt am Golf, in: Süddeutsche Zeitung, 19.3.2007, 4.
- Bandow, Doug* 2002: Befriending Saudi Princes: A high Price for a Dubious Alliance, in: Policy Analysis 428, 20.3.2002.

- Bertelsmann Transformation Index* 2006: in: www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/BTI_2006_Ranking_detailliert.pdf; 14.7.2007.
- Bin Laden, Osama* 1996: Declaration of War against Americans Occupying the Land of the Two Holy Places, in: www.religioscope.com/info/doc/jihad/jihadfile.html; 20.6.2003.
- Brandes, Jörg-Dieter* 1999: ... mit Säbel und Koran. Der Aufstieg der Königsfamilie Saud und der Wahabiten, Stuttgart.
- Brumberg, Daniel* 2005: Liberalization versus Democracy, in: Carothers, Thomas/Ottaway, Marina: *Uncharted Journey, Promoting Democracy in the Middle East*, 15-36.
- Bush, George W.* 2003: President Delivers „State of the Union“, in: www.whitehouse.gov/news/releases/2003/01/20030128-19.html; 17.10.2007.
- Carothers, Thomas* 2007: How Democracies Emerge, The „Sequencing“ Fallacy, in: *Journal of Democracy*, 18: 1, 12-27.
- Chimelli, Rudolph* 2005: Wahlkampf im Beduinenzelt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.2.2005, 1.
- Chimelli, Rudolph* 2006: Die neue Milde im Wüstenklima, in: *Süddeutsche Zeitung*, 22.5.2006, 3.
- Chimelli, Rudolph* 2007a: Zwist im Palast von Riad. Saudische Prinzen uneins über Haltung zu Iran und Irak, in: *Süddeutsche Zeitung*, 9.1.2007, 8.
- Chimelli, Rudolph* 2007b: Alte Freundschaft: Die USA und Saudi-Arabien sind aufeinander angewiesen, entfremden sich aber zunehmend, in: *Süddeutsche Zeitung*, 31.7.2007, 4.
- Clauss, Thomas* 1998: Extremismus und Fundamentalismus im Nahen Osten. Über die Quellen und Konfliktherde in der Region, Berlin.
- Coll, Steve* 2005: Islamic Activists Sweep Saudi Council Elections, in: *Washington Post*, 24.4.2005.
- Congressional Record* 2002: Hollings, Ernest (D-SC): Israeli-Palestinian Conflict (Senate, 10.10.2002, 107. Kongress), in: *Congressional Record*, S10348.
- Cordesman, Anthony H.* 1999: Economics, Energy and the Future Stability of Saudi Arabia, in: www.csis.org/index.php?option=com_csis_pubs&task=view&id=1320; 24.7.2007.
- Cordesman, Anthony H.* 2002: Saudi Arabia Enters the 21st Century: Foreign Relations and External Security, in: www.csis.org/index.php?option=com_csis_pubs&task=view&id=1471; 24.7.2007.
- Cordesman, Anthony H.* 2006: Saudi-Arabia: Friend or Foe in the War on Terror?, in: *Middle East Policy* 13: 1, 28-41.
- Doran, Scott* 2004: The Saudi Paradox, in: *Foreign Affairs*, January/February, www.geocities.com/emorseraf/the_saudi_paradox.htm; 5.10.2007.
- Ehteshami, Anoushiravan* 2003: Reform from Above: The Politics of Participation in the Oil Monarchies, in: *International Affairs* 79: 1, 53-75.
- El-Gawhary, Karim* 2003: Erste Wahlen in Saudi-Arabien, in: *die Tageszeitung*, 15.10.2003, 10.
- El-Gawhary, Karim* 2005: Ein vorsichtiger Reformier rückt auf den Thron, in: *General-Anzeiger*, 2.8.2005, 4.
- Fandy, Mamoun* 1999: *Saudi Arabia and the Politics of Dissent*, New York, NY.
- Flottau, Heiko* 2006: Meckern in Medina, in: *Süddeutsche Zeitung*, 3.1.2006, 12.
- Flottau, Heiko* 2007: Saudi-Arabien vor der Zerreißprobe, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 01/2007, 20-24.
- Follath, Erich* 2004: Ein Heimspiel für den Terror, in: *Der Spiegel* 22, 24.5.2004, 120.
- Follath, Erich/Windfuhr, Volkhard/Zand, Bernhard* 2002: Die Brutstätte des Terrors, In: *Der Spiegel* 10, 4.3.2002, 148.
- Francois, Monika/Sud, Inder* 2006: Promoting Stability and Development in Fragile and Failed States, in: *Development Policy Review*, 24: 2, 141-160.
- Freedom House* 2007: Saudi Arabia, in: www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=7265&year=2007; 14.7.2007.
- Frefel, Astrid* 2006a: König Abdallah steht für langsame Reformen, in: *Tages-Anzeiger*, 19.1.2006, 8.

- Frefel, Astrid* 2006b: Saudischer König sagt Armut und Terror den Kampf an, in: Tages-Anzeiger, 3.4.2006, 5.
- Fürtig, Henner* 2005a: Saudi-Arabien, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Demokratisierung durch externen Druck? Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika/Nahost, Hamburg, 269-317.
- Fürtig, Henner* 2005b: Der Stern der Verbündeten ist verblasst, in: Das Parlament, 32-33, 8.8.2005.
- Fürtig, Henner* 2006: Saudi-Arabiens WTO-Beitritt. Bestätigung des wirtschaftlichen Reformkurses, in: Giga Focus 5/2006.
- Gause, F. Gregory* 2002: Be Careful What You Wish For: The Future of U.S.-Saudi Relations, in: World Policy Journal 19: 1, 37-50.
- Gause, F. Gregory* 2004: Saudi Arabia Challenged, in: Current History 103:669, 21-24.
- Glosauer, Christian* 2006: WTO-Beitritt beschleunigt Marktöffnung in Saudi-Arabien, in: Bundesagentur für Außenwirtschaft, 4.1.2006.
- Glosemeyer, Iris* 2003: Terroristenjagd in Saudi-Arabien, in: SWP-Aktuell 29/2003.
- Glosemeyer, Iris/Perthes, Volker* 2003: Reformen gegen den Terror, in: SWP-Aktuell 48/2003.
- Gold, Dore* 2003: Hatred's Kingdom: How Saudi Arabia Supports the New Global Terrorism, Washington, DC.
- Gresh, Alain* 2002: Saudi-Arabien riskiert Öffentlichkeit, in: die Tageszeitung, Le Monde diplomatique, 17.5.2002, 14-15.
- Gresh, Alain* 2003: Prinzen und Falken gemeinsam gegen den Terror, in: die Tageszeitung, Le Monde diplomatique, 13.6.2003, 1.
- Gresh, Alain* 2006: Ein König der nicht mehr Majestät heißen will, in: Die Tageszeitung, Le Monde diplomatique, 10.2.2006, 6-7.
- Gvosdev, Nikolas* 2004: Wie man den Bock zum Gärtner macht – Grundlegende Schwächen der amerikanischen Reformpläne, in: Internationale Politik, 7/2004, 45-48.
- Hahn, Karola* 2005: Länderanalyse Saudi-Arabien, Der saudische Markt für Hochschulbildung, in: www.uni-kl.de/wcms/fileadmin/isgs/pdf/Publikationen_Hahn/Saudi_Arabien_Hahn_final.pdf; 14.7.2007.
- Hamzawy, Amr* 2006: The Saudi Labyrinth: Evaluating the Current Political Opening, in: Carnegie Papers, Nr. 68.
- Hearing before the Subcommittee on the Middle East and South Asia of the Committee on International Relations* 2001: Recent Development in the Middle East, House of Representatives, 17.10.2001, 107. Kongress, Serial No. 107-45.
- Henderson, Simon* 2002a: The Bush Administration and OPEC: The National Energy Policy Revisited (Policy Watch Nr. 611), in: <http://washingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=1489>; 23.7.2007.
- Hertog, Steffen* 2002: Kooperation hinter den Kulissen. Die Doppelbödigkeit der amerikanisch-saudischen Allianz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2002, 1217-1226.
- Huntington, Samuel* 1968: Political Order in Changing Societies, New Haven.
- International Crisis Group* 2004: Can Saudi Arabia reform itself?, in: ICG Middle East Report Nr. 28, 5.
- Jones, Toby* 2003: Social Contract for Saudi Arabia (Middle East Report, Nr. 228), in: www.merip.org/mer/mer228/mer228.html; 14.7.2007.
- Kapiszewski, Andrzej* 2006: Saudi Arabia: Steps Towards Democratization or Reconfiguration of Authoritarianism?, in: Journal of Asian and African Studies 41: 5-6, 459-482.
- Kechichian, Joseph* 2003: Testing the Saudi „Will to Power“: Challenges Confronting Prince Abdallah, in: Middle East Policy 10: 4, 100-115.
- Kechichian Joseph* 2004: Democratization in Gulf Monarchies: A New Challenge to the GCC, in: Middle East Policy 11: 4, 37-57.
- Khoudry, Yasmina* 2007: An den Saudi-Arabern hängt das Gleichgewicht im Nahen Osten, in: Die Welt 34, 9.2.2007, 7.

- King Abdulaziz Center for National Dialog* 2007: The Final Statement, in: www.kacnd.org/eng/sixth_meeting.asp; 14.7.2007.
- King, Craig K.* 1998: Impact of a Regime Change in Saudi Arabia: An Operational Perspective, Alabama, AL.
- Kleveman, Lutz C.* 2003: Biblischer Reichtum, in: www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,234700,00.html; 13.2.2003.
- Krockow, Christian von* 1976: Reform als politisches Prinzip, München.
- Koszinowski, Thomas* 2001: Unterdrückt: Islamische Opposition in Saudi-Arabien, in: *Orient-Journal* 02/2001, 17.
- Koszinowski, Thomas* 2002: Exilopposition als politischer Akteur, Band IV. Die saudische Exilopposition, in: DOI-Focus Nr. 7, 3-13.
- Lacroix, Stephane* 2004: Between Islamists and Liberals: Saudi Arabia's New „Islam Liberal“ Reformists, in: *Middle East Journal*, 58: 3, 345-365.
- Lacroix, Stephane* 2005a: Post-Wahhabism in Saudi Arabia? in: www.ceri-sciencespo.com/archive/mars05/artsl.pdf, 5.10.2007.
- Lacroix, Stephane* 2005b: Die islamischen Strömungen nach dem 11. September, Zur Neugestaltung der politischen Landschaft Saudi-Arabiens, in: *inamo*, 42, 10-11.
- Länder und Märkte* 2003a: Saudi-Arabien. Wirtschaftsentwicklung 2002/03. Überblick, in: *Länder und Märkte*, 2.7.2003.
- Länder und Märkte* 2003b: Weiterbildung in den arabischen Golfstaaten mit Nachholbedarf, in: *Länder und Märkte*, 16.4.2003.
- Länder und Märkte* 2003c: Saudi-Arabien muss in seine Infrastruktur investieren, in: *Länder und Märkte*, 11.2.2003.
- Länder und Märkte* 2004: Saudi-Arabien, Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 2004/05, Ausblick, in: *Länder und Märkte*, 7.12.2004.
- Länder und Märkte* 2005: Saudi-Arabien öffnet sich dem Welthandel, in *Länder und Märkte*, 11.11.2005.
- Länder und Märkte* 2007: Saudi-Arabien. Energiewirtschaft, in: *Länder und Märkte*, 6.2.2007.
- Lau, Mariam* 2007: Zweifelhafter Verbündeter, in: *Die Welt*, 3.8.2007, 3.
- Levitt, Matthew* 2002: Tackling the Financing of Terrorism in Saudi Arabia (Policy Watch Nr. 609), in: <http://washingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=1487>; 23.7.2007.
- Lüders, Michael* 2007: König Abdullah modernisiert diskret, in: *Frankfurter Rundschau*, 7.11.2007, 9.
- MacFarquhar, Neil* 2003: Al Qaida Blamed in Deadly Attack on Saudi Homes, in: *New York Times*, 10.11.2003, 1.
- MacFarquhar, Neil* 2005: Some Saudi Candidates Claim Election Violations, in: *New York Times*, 14.2.2005, 6.
- Mansfield, Edward/ Snyder, Jack* 1995: Democratization and War, in: *Foreign Affairs*, 74: 3, 79-97.
- Mansfield, Edward/ Snyder, Jack* 2005: Electing to Fight, Why Emerging Democracies go to War, Cambridge.
- Marquis, Christopher* 2002: Worried Saudis Pay Millions To Improve Image in the U.S., *New York Times*, 29.8.2002, 1.
- Marshall, Monty G./Jagers, Keith* 2005: Polity IV Country Index Saudi Arabia, in: <http://members.aol.com/CSPmgm/SaudiArabia2005.pdf>; 14.7.2007.
- Meyer, Josh* 2003: Saudi Government Provided Aid to 9/11 Hijackers, Sources Say, in: *Los Angeles Times*, 2.8.2003.
- Miller, John/Stone, Michael/Mitchell, Chris* 2002: The Cell: Inside the 9/11 Plot, and Why the FBI and CIA Failed to Stop It, New York, NY.
- Ministry of Foreign Affairs of Saudi Arabia* 2002: Statement by Prince Saud-Al Faisal before the U.N. General Assembly, New York, 19.9.2002, in: www.un.org/webcast/ga/57/statements/020919_saudi_ArabiaE.htm; 24.7.2007.

- Mohler, Nicola 2007: Unter Terrorverdacht, in: die Tageszeitung, 24.2.2007, 10.
- National Commission on Terrorist Attacks upon the United States 2004: 9/11 Commission Report 2004, in: www.9-11commission.gov/report/911Report.pdf; 1.2.2007.
- National Energy Policy Development Group 2001: National Energy Policy, in: www.whitehouse.gov/energy/National-Energy-Policy.pdf; 14.7.2007.
- Nonneman, Gerd 2006: Political Reform in the Gulf Monarchies, in: www.lancs.ac.uk/fss/politics/people/nonneman/Nonneman%20LUCE%20paper%20DMEP.pdf; 14.7.2007.
- Nüsse, Andrea 2004: Saudi-Arabien. Das Urteil des Großmuftis über die Attentäter fällt vernichtend aus, in: Frankfurter Rundschau, 23.4.2004, 1.
- Nüsse, Andrea 2006a: Marktwirtschaftliches Denken hält Einzug in Riad, in: Stuttgarter Zeitung, 15.8.2006.
- Nüsse, Andrea 2006b: Der Reformkurs ist vielerorts nur Augenwischerei, in: Frankfurter Rundschau, 26.5.2006.
- O'Donnell, Guillermo/Philippe C. Schmitter 1986: Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore, London.
- Oetliker, Sybille 2007: Saudis unterstützen US-Friedenskonferenz, in: Frankfurter Rundschau, 2.8.2007.
- Perthes, Volker 2002a: Geheime Gärten. Die neue arabische Welt, Berlin.
- Perthes, Volker 2002b: Die Araber und Amerika, in: Arbeitspapier Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika – Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Perthes, Volker 2002c: Der Nahe und Mittlere Osten 1990/91 und 2001/2: Ein vergleichender Lagebericht (Arbeitspapier Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin.
- Peterson, J.E. 2002: Saudi Arabia and the Illusion of Security, in: Adelphi Papers 348, New York, NY.
- Prados, Alfred B. 2003: Saudi Arabia: Current Issues and U.S. Relations (CRS Issue Brief for Congress, Updated August 4, 2003), in: www.saudi-us-relations.org/facts/2003_08_04_CRS.pdf; 14.7.2007.
- Prados, Alfred/Blanchard, Christopher 2006: Saudi Arabia: Current Issue and U.S. Relations (CRS Report for Congress, Updated August 2, 2006), in: <http://fas.org/sgp/crs/mideast/RL33533.pdf>; 24.7.2007.
- Raphaeli, Nimrod 2005: Demands for Reform in Saudi-Arabia, in: Middle Eastern Studies 41:4, 517-532.
- Rössel, Jörg 2000: Mobilisierung, Staat und Demokratie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 53: 4, 609-635.
- Russell, James A. 2005: Saudi Arabia in the 21st Century: A New Security Dilemma, in: Middle East Policy 12: 3, 64-78.
- SAIS Review 2002: A Dialogue: Saudi Arabia, in: SAIS Review 22: 2, 199-228.
- Sagia 2007: Saudi Arabia attracts \$ 18,3b foreign investment in 2006, in: www.investinsaudi.com/en/sagia-centre/media-lounge/news-en/saudi-arabia-attracts-183b-foreign-investment-in-2006.html, 5.10.2007.
- Sandschneider, Eberhard 1995: Stabilität und Transformation politischer Systeme, Opladen.
- Satloff, Robert 1998: What about Saudi Arabia Should (or Shouldn't) Concern You, in: Zelikow, Philip D./Zoellick, Robert B. (Hrsg.): America and the Muslim Middle East: Memos to a President, Washington, DC, 51-61.
- Scharff, Michael 2006: Saudi Envoy Defends Iraq Role in Speech at Princeton, in: University Wire, 8.12.2006.
- Schmidt, Susan 2002: Sept 11 Families Join to Sue Saudis: Banks, Charities and Royals Accused Of Funding to al Qaeda Terrorist Network, Washington Post, 16.8.2002.
- Schmitt, Eric 2003: Aftereffects: The Pullout, in: New York Times, 30.4.2003, 1.
- Seznec, Jean-Francois 2002: Stirrings in Saudi Arabia, in: Journal of Democracy 13: 4, 33-40.

- Sharp, Jeremy* 2004: Saudi Arabia: Reform and U.S. Policy (CRS Report for Congress Oktober 13, 2004), in: www.opencrs.com/rpts/RS21913_20041013.pdf; 24.7.2007.
- Sieff, Martin* 2004: Sand in Our Eyes: U.S. Saudi Relations after Iraq, in: *The National Interest*, Nr. 76, 98-100.
- Sirhal, Ahmed* 1990: *The Political and Constitutional Systems in Lebanon and the Rest of the Arab States*, Beirut.
- State Failure Task Force* 2000: *State Failure Task Force Report: Phase III Findings*, McLean, VA, Science Applications International Corporation.
- Steinberg, Guido* 2001: Der nächste Machtwechsel im Nahen Osten. Thronfolge und Opposition in Saudi-Arabien, *Konrad-Adenauer-Auslandsinformationen* 06/2001, 22-45.
- Steinberg, Guido* 2002: Religion und Staat in Saudi-Arabien, *Die wahhabitischen Gelehrten 1902-1953*, Würzburg.
- Steinberg, Guido* 2003: Die innenpolitische Lage Saudi-Arabiens nach dem 11. September 2001, *DOI-Focus*, Nr. 8.
- Steinberg, Guido* 2004a: Saudi-Arabien. Interne und regionale Probleme, in: Wagner, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch international Politik*, München, 95-122.
- Steinberg, Guido* 2004b: *Saudi-Arabien: Politik, Geschichte, Religion*, München.
- Stork, Joe* 1980: Saudi Arabia and the U.S., in: *MERIP Reports*, 0: 91, Oct. 1980, S. 24-30.
- Taecker, Kevin* 1998: *Gulf Capital Markets and Family Business* (Saudi American Bank economic seminar paper), Riad.
- Teitelbaum, Joshua* 2001: September 11 and the Saudi Arabian Connection (Policy Watch Nr. 573), in: www.washingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=1451; 24.7.2007.
- Teitelbaum, Joshua* 2005: Terrorist Challenges to Saudi Arabian Internal Security, in: *Middle East Review of International Affairs* 9: 3.
- Thumann, Michael* 2003: Das unsichtbare Böse, in: *Die Zeit*, 12.6.2003, 3.
- Twinam, Joseph Wright* 1994: *The United States and the Gulf: Half a Century and Beyond*, *The Emirates Occasional Papers* Nr.11, Abu Dhabi.
- Tyler, Patrick* 2003: Aftereffects: The Outlook, in: *New York Times*, 30.4.2003, 14.
- Waldrauch, Harald* 1996: Was heißt demokratische Konsolidierung?, in: www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_36.pdf, 9.10.2007.
- Wilson, Scott* 2004: Saudi Trial Could Alter Pace of Reform, in: *Washington Post*, 19.9.2004.
- Wilson, Scott* 2005a: Saudis Get Civic Lessons in Advance of Local Vote, in: *Washington Post*, 8.2.2005.
- Wilson, Scott* 2005b: Shiites See an Opening in Saudi-Arabia, in: *Washington Post*, 28.2.2005.
- Zuhur, Sherifa* 2005: Saudi Arabia: Islamic Threat, Political Reform and Global War on Terror, in: www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB598.pdf; 14.11.2007.